

MAI 2022

DAS ROTE ginkgoblatt

TAG DER ARBEIT

die Geschichte des 1. Mai
als Kampf- und Feiertag der
Arbeiter:innenbewegung

**ESSAYS VON SUSANNE HENNIG-WELLSOW
& STEFFEN DITTES**

über den russischen Angriffskrieg
in der Ukraine

INTERVIEW MIT SIGRID PUTSCHER

die 95-jährige über die Frage, wie sie eigentlich
Sozialistin geworden ist

Liebe Lesende,

ihr haltet die erste Ausgabe der Neuauflage des »roten Ginkgoblatt« in euren Händen. Das »rote Ginkgoblatt« ist die Zeitschrift des Kreisverbandes Apolda-Weimar der Partei DIE LINKE und hat mit mancher Unterbrechung inzwischen eine fast dreißigjährige Tradition. Aufgrund der Pandemie und personeller Wechsel ist die letzte Ausgabe Ende des Jahres 2019 erschienen. Mit der jetzigen Ausgabe wollen wir einen umfassenden Neustart wagen.

Bei der Durchsicht alter Ausgaben sind wir hierbei auf einen Aufruf aus dem Jahr 1993 von Achim Kreuzer gestoßen. In diesem fragt er rhetorisch, ob das »Ginkgoblatt« »trocken wie ein Parteilehrjahr« sei und gibt als Antwort:

»Nein, denn den Inhalt dieser Zeitung sollen die Leser bestimmen. Sie soll ein Podium für Mitglieder, BO'en und AG'en sein. Kurz, es soll eine Stimme für Linke der Region Weimar/Apolda sein. Ein Blatt für die Basis und von der Basis gestaltet. [...] Die Redaktion wird ehrenamtlich und mit viel Elan besetzt und trotzdem besteht die Gefahr, das mangelnde Resonanz irgendwann zum Aufgeben führt. Darum: benutzt unser Rotes-Ginkgo-Blatt als Plattform für Meinungen, Ideen und Widerspruch. Ich wünsche uns ein Heft auf das man gespannt wartet.«

Diesen Worten können wir uns umfänglich anschließen und nehmen damit einen alten Stafelstab wieder auf. Im Unterschied zu der durchschnittlichen Parteizeitung streben wir eine etwas andere Ausrichtung und Aufmachung an. Es ist kein Geheimnis, dass heutzutage Publikationen von Parteien kaum gelesen werden und nach der ersten Durchsicht schnell in der Mülltonne landen. Dem wollen wir mit unserem kleinen Projekt etwas entgegensetzen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, ein ästhetisch schlankeres, moderneres und insgesamt stilsicheres »Ginkgoblatt« zu gestalten. Damit korrespondierend sollen sich die Artikel nicht wie einfache Sachberichte oder schlechte Parteiwerbung lesen, sondern etwas von der Lebendigkeit linker politischer Arbeit in Weimar und dem Weimarer Land herüberbringen. Ob uns das gelungen ist, müsst ihr selbst entscheiden.

Der Schwerpunkt der ersten Ausgabe ist das Thema »Der 1. Mai und die Geschichte der Arbeiter:innenbewegung«. Ihr findet u.a. einen Artikel zur Historie des 1. Mai von Felix Ihle, einen Artikel zu dem Verhältnis von Lohnarbeit und gewerkschaftlicher Organisierung von Lena Saniye Güngör, einen Artikel über den Wandel des Bildes der arbeitenden Frau von Lilli Hallmann oder auch einen Artikel zu der Betrachtung von Lohnarbeit aus einer asylpolitischen Perspektive von Sabine Berninger. In einem Interview kommt des Weiteren unsere 95-jährige Genossin Sigrid Putscher zu Wort und beschreibt, wie sie eigentlich Sozialistin geworden ist.

Neben dem Schwerpunktthema gibt es zusätzlich zwei aktuelle Essays zu dem Krieg in der Ukraine – einen von Susanne Hennig-Wellsow und einen von Steffen Dittes. Damit zusammenhängend hat Ralph Lenkert einen kleinen Aufsatz über die Entwicklung der Energiepreise beigeuert.

In der Rubrik »Aus den Kommunen« werden wir, wie zukünftig in jeder Ausgabe, immer auch über unser Verbandsleben und die Kommunalpolitik berichten. Ab und an soll es ebenso Beiträge geben, die über den regionalen Bezug hinausgehen und die den thematischen Schwerpunkt eher assoziativ behandeln.

Das »Ginkgoblatt« wird ab sofort alle drei Monate erscheinen. Das heißt, ihr dürft euch noch auf zwei weitere Ausgaben in diesem Jahr freuen. Wenn ihr auf die eine oder andere Art und Weise dazu beitragen wollt, könnt ihr euch gerne bei uns melden. Am besten erreicht ihr uns per E-Mail oder ihr schaut einfach in unserer Geschäftsstelle in der Marktstraße 17 in Weimar oder in unserem Büro in der Ackerwand 11 in Apolda vorbei. Wir freuen uns über Feedback jeglicher Art!

Euer Ginkgoblatt-Team
(redaktion@dasroteginkgoblatt.de)

IMPRESSUM:
DIE LINKE

Kreisverband Apolda-Weimar
Vorsitzender: Kevin Reichenbach
Marktstraße 17, 99423 Weimar



Bildrechte: Deutsches Historisches Museum

INHALT

- 04 Tag der Arbeit - Ein Blick in die bewegte Vergangenheit!**
von Felix Ihle
- 06 Wir müssen reden**
von Susanne Hennig-Wellsow
- 08 Einige Gedanken zum Krieg Russlands gegen die Ukraine**
von Steffen Dittes
- 10 Energie zwischen Sicherheit und Preisen**
von Ralph Lenkert
- 12 DIE LINKE & Gewerkschaften**
von Lena Saniye Güngör
- 14 »Jetzt fängt die Menschheit an, endlich Menschheit zu werden«**
Interview mit Sigrid Putscher
- 18 Bericht aus den Kommunen**
von den Stadtratsfraktionen
- 22 Der Internationaler Frauentag am 8. März 2022**
von Hans-Jürgen Fuchs
- 24 Vom Working Girl zur Neuen Frau**
von Lilli Hallmann
- 26 Geflüchtete und der Zugang zur Arbeit**
von Sabine Berninger

Tag der Arbeit- Ein Blick in die bewegte Vergangenheit!

von Felix Ihle



Bildrechte: Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Tradition des 1. Mai führt zurück bis ins späte 19. Jahrhundert, als in vielen Industriestaaten Gewerkschaften für die Forderung nach einem 8-Stunden-Tag Hunderttausende Arbeiter mobilisierten. In den USA kam es 1886 bei einem Generalstreik zum 1. Mai und den folgenden Tagen zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Insbesondere die Eskalation in Chicago sorgte für weltweites Aufsehen. Nachdem am 3. Mai durch das Einschreiten der Polizei 6 Menschen getötet und viele weitere verletzt wurden waren, wurde am 4. Mai bei einer weiteren Versammlung auf dem Haymarket eine Bombe in Richtung der Polizei geworfen, die Polizisten eröffneten daraufhin wahllos das Feuer – 8 Polizisten und ungezählte Arbeiter starben. Doch anstatt den Bombenwerfer zu ermitteln, wurde das Kriegsrecht verhängt, Gewerkschaftshäuser gestürmt, Arbeiterführer verhaftet und ohne Beweise zum Tode verurteilt. Begründet wurde das Urteil damit, dass der vermeintliche Täter, durch die von den Angeklagten erhobenen Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, angestiftet wurden war. Besonders der letzte Punkt sorgte bei Arbeiterbewegungen weltweit für Empörung.

Im Gedenken daran etablierten sich in den folgenden Jahren weltweit 1. Mai-Demonstrationen, die die Forderungen nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen auf die Straße brachten. Im Deutschen Kaiserreich versuchten die Regierenden mit dem Sozialistengesetz und die Unternehmer (bis auf einige Ausnahmen wie Ernst Abbe) mit Entlassung, Aussperrungen und schwarze Listen für aktive Streikende die Arbeiterbewegung an der Organisation und Durchfüh-

rung der 1. Mai-Demonstrationen zu hindern.

Thüringen kann in gewisser Weise als Wiege der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet werden – hier wurde 1875 das Gothaer Programm beschlossen und 1891 auf Erfurter Parteitag die SPD aus der Taufe gehoben. Doch das damals noch zersplitterte Thüringen war schon damals geprägt zwischen dem Aufkommen von Industrie in wenigen Zentren und der landwirtschaftlichen Prägung weiter Landstriche. In anderer Hinsicht ist Thüringen auch exemplarisch für die innere Geschichte der Arbeiterbewegung als ein wiederkehrender Ablauf von Zwist, Spaltung und dann wieder organisationsübergreifender Zusammenarbeit, was ohne Fragen zu Rückschlägen und Misserfolgen im Kampf um mehr Gerechtigkeit und Teilhabe geführt hat. So wurde beispielsweise 1917 wiederum in Gotha die USPD aufgrund der Ablehnung der Burgfriedenpolitik der (M-)SPD gegründet.

Dieses widersprüchliche Bild von Stärke und Schwäche der Arbeiterbewegung und ihrer politischen Ableger zeigt sich auch an der Einführung des 1. Mai als Feiertag. Es gelang zwar per Beschluss der Nationalversammlung den 1. Mai 1919 zu einem reichsweiten Feiertag zu erklären, doch für eine dauerhafte Geltung gab es keine Mehrheit. Es war danach den deutschen Ländern überlassen, ob sie den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag machen - eine Option, die nur die Länder Braunschweig, Lübeck, Sachsen und Schaumburg-Lippe über 1922 hinaus in Anspruch nahmen. Das Fehlen einer Mehrheit lag unter anderem auch an der Haltung der USPD, die eine Verwässerung des Tages der Arbeit zugunsten eines klassenübergreifenden Feiertages nicht folgen zu wollen, wozu die (M-)SPD bereit war. Ein Unterschied im Verständnis des 1. Mai als Tag der Arbeit, welches auch die Begehung dieses Tages für die folgenden Jahre prägen sollte. Während die Sozialisten der USPD und die Kommunisten den Kampfcharakter mit Demonstrationen betonten, begingen ihn die Sozialdemokraten und die christlichen Gewerkschaften eher als Festtag, bei dem je nach wirtschaftlicher Lage auch auf die Arbeitsruhe nicht eingehalten werden musste. Dieser Gegensatz gipfelte im sogenannten ›Blutmai‹ von 1929.

Für Thüringen hatte der 1. Mai in der Weimarer Republik jedoch noch eine andere Bedeutung, da es am 1. Mai 1920 zur Gründung des Landes Thüringen mit der Hauptstadt Weimar kam. Die damals preußischen Teile Thüringens (u. a. Erfurt) waren allerdings nicht inbegriffen. Schon damals war die Mehrheitsbildung im Landtag bestehend aus Sozialisten, Sozialdemokraten, bürgerlichen Demokraten, Rechtskonservativen und Nationalisten äußerst schwierig.

Die nach langen Verhandlungen gebildete Landesregierung aus SPD und KPD im Jahre 1923 unter August Fröhlich wurde durch den Druck der Reichsregierung und einmarschierten Reichswehrinheiten zum Rücktritt gezwungen. In Folge kam es zu Regierungen aus rechtskonservativen und nationalistischen Parteien, die der Machtergreifung der Nationalsozialisten auch in Thüringen den Weg bereiteten.

Beschämenderweise wurde der 1. Mai erst durch diese Nationalsozialisten zum deutschlandweiten gesetzlichen Feiertag. Diese instrumentalisierten diesen Tag allerdings zu ihrem eigenen Zwecke, der Darstellung ihrer politischen Macht und einem nationalistischen Bild der Arbeiter und zerschlugen die Gewerkschaften am 2. Mai 1933 mit Besetzung von Gewerkschaftshäusern und Verhaftungen von führenden Gewerkschaftlern.

Im Nachkriegsdeutschland entwickelten sich angesichts des Systemkonflikts recht unterschiedliche 1. Mai-Traditionen. Während in der DDR der 1. Mai ein Tag der verordneten Paraden und Demonstrationen war, bei dem nicht soziale Forderungen an die Regierenden gestellt wurden, sondern wirtschaftliche und soziale Erfolge aus Sicht der Regierenden des Arbeiter- und Bauernstaates präsentiert wurden, verlor der 1. Mai in der Bundesrepublik zusehends am demonstrativen Charakter einer Arbeiterbewegung und wurde immer mehr zu Volksfesten der Gewerkschaften, an dem jährlich die Analysen der und Forderungen an die Politik gestellt wurden. Durch den Ausgleich von Interessen in Tarifkonflikten (besonders bei hohem Organisationsgrad), den Druck neuer sozialer Bewegungen und nicht zuletzt auch aus dem Willen, nicht schlechter dazustehen als der ›Bruder im Osten‹, wurden einige soziale Verbesserungen über die Jahrzehnte erreicht.

Nach der politischen Wende 1989/90 passte sich die ostdeutsche Tradition der westdeutschen in gewisser Weise an, doch aufgrund eines geringen Organisationsgrades von Gewerkschaften in ostdeutschen Betrieben und den in vielen ostdeutschen Köpfen durch die ›Zwangsveranstaltung‹ zu DDR-Zeiten erzeugten Widerwillen gegen solche Feiern sind diese nicht dauerhaft zu Massenveranstaltungen geworden. Auch waren viele angesichts der Massenarbeitslosigkeit in den 90er Jahren froh, wenn sie eine Arbeit hatten, und stellten selten Fragen nach vernünftigen Arbeitsbedingungen. Erst die Hartz-Reformen und die starken Proteste dagegen, brachte ein kurz Aufblühen eines breiten Bewusstseins für gute Arbeitsbedingungen auch streiten zu müssen. Doch in Folge der Arbeitsmarktreformen und der Deregulierung vieler Bereiche ist einerseits ein großer Niedriglohnsektor entstanden, andererseits ein Teil von Angestellten und Arbeiter:innen, die sich immer mehr selbst ausbeuten (z.B. in der Pflege oder in der Wissenschaft) – Bereiche, in denen sich Gewerkschaften traditionell schwertun, Mitglieder zu gewinnen und Menschen zu motivieren, für ihre Rechte einzutreten. Parallel führt der ansteigende Fachkräftemangel durch den demografischen Wandel dazu, dass immer mehr Arbeitgeber sich auch ohne Druck von Gewerkschaften sich gezwungen sehen, Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Diese Entwicklungen sind beide Teile unserer Gesellschaft und spalten sie immer mehr. Damit

im Hier und Jetzt angekommen, kann nun nicht zu Unrecht die Frage gestellt werden: Gibt es Kontinuitäten der Begehung des 1. Mai's bis heute? Und was hat sich geändert?

Als erster Punkt fällt auf, dass der Inhalt der Forderungen in einem Punkt ähnlich ist – die Arbeitszeit steht im Zentrum. Heute mag es sich nicht mehr den 8-Stunden-Tag drehen, doch für viele Arbeiter:innen und Angestellte ist die Frage nach Regelungen zur Arbeitszeit und Freizeitausgleich immer noch die zentrale Frage. Daneben haben sicherlich die Fragen nach einer gerechten Bezahlung und Mitwirkungsmöglichkeiten eine herausragende Bedeutung bis heute.

Geändert hat sich, dass nun nicht mehr die politische und wirtschaftliche Ordnung grundsätzlich in Frage gestellt wird. Die parlamentarische Demokratie wird nicht attackiert, selten Enteignungen von Betrieben zugunsten derer gefordert, die den Mehrwert erarbeiten. Die sozialen Veränderungen sollen friedlich innerhalb des Systems erfolgen. Und nur wer diesen Grundkonsens nicht bereit ist zu folgen, muss mit staatlichen Repressionen rechnen.



Bildrechte: Friedrich-Ebert-Stiftung

Zu wachsen scheint das Bewusstsein für die internationalen Zusammenhänge von Arbeitsprozessen und der Kampf gegen die himmelschreiende Ausbeutung in anderen Teilen der Welt. Was sich leider nicht verändert hat, ist die Tatsache, dass nationalistische Gruppierungen versuchen, diesen Tag für ihre Zwecke zu missbrauchen und 1. Mai-Feiern von Gewerkschafter:innen und Linken weiterhin Ziel von Angriffen von Faschisten sind, wie wir nicht zuletzt am 1. Mai 2015 in Weimar erleben mussten.

Was können wir aus der Geschichte lernen? Was könnten wir tun? Es ist von enormer Bedeutung, mit anderen, sozial engagierten Gruppen den 1. Mai zusammen zu begehen und sich nicht spalten zu lassen - solidarisch bleiben auch wenn Forderungen im Detail anders aussehen. Dabei kann die Themenpalette um vieles erweitert werden, was auch aber nicht nur Arbeiter:innen betrifft – wie Interessen von Mieter:innen, Geschlechtergerechtigkeit, Antirassismus, Fragen des sozial-ökologischen Wandels, Friedenspolitik u.v.m. Die Formen der 1. Mai-Feiern können und sollen dabei unterschiedlich sein, damit sie für möglichst viele anschlussfähig sind. Was der 1. Mai bleiben wird, ist die Gelegenheit der Selbstdarstellung, des Zusammenkommens von Engagierten und der Präsentation gegenüber den Bürger:innen.

Seit einer Woche führt Putin Krieg in Europa. Seit einer Woche wird die Ukraine überfallen, um sie als souveränes Land von der Landkarte zu tilgen. Seit einer Woche sterben Menschen, weil ein Autokrat es will. Seit einer Woche will eine imperialistische, revanchistische, revisionistische Macht den Status quo verändern. Seit einer Woche werden Grundfesten der Nachkriegsordnung zerstört.

Seit einer Woche geschieht, was viele für unvorstellbar gehalten hatten. Auch ich gehöre dazu. Manche erklären jetzt leichtfertig, »alle hätten sich geirrt«, doch das stimmt nicht. Es gab Stimmen, die Putins Ambitionen und den Charakter der russischen Regierung nicht unterschätzt haben. Die gewarnt haben, dass das Unvorstellbare geschehen werde. Die nicht nur auf die Nato geschaut haben. Es gab viele, die sich nicht damit begnügt haben, den repressive Autoritarismus Putins im Inneren zu geißeln.

Sie haben sich nicht geirrt, und umso deutlicher steht nun uns vor Augen, wie groß die eigenen Illusionen waren. Illusionen, die zu verheerenden Fehleinschätzungen auch linker Politik führten. Unser Ziel einer Welt des Friedens, der Demilitarisierung und Kooperation bleibt so richtig, wie wir der schrecklichen Realität eines Angriffskrieges mitten in Europa ins Auge sehen. Ein Krieg, von dem wir wissen, dass danach »nichts mehr so sein wird wie zuvor«. Ein Krieg, der uns politische Nachdenklichkeit und persönliche Selbstkritik abverlangt.



Bildrechte: Susanne Hennig-Wellsow

Wir müssen reden

von Susanne Hennig-Wellsow

Seit einer Woche führt Putin Krieg in Europa und dieser gebiert täglich neue Fragen. Fragen, die an unser Eingemachtes gehen, die wir uns ernsthaft, besonnen und solidarisch stellen sollten. Fragen, die wir beantworten müssen, wenn wir als Linke eine Zukunft haben wollen. Fragen, die sich nicht mit den üblichen Vorwürfen wieder vom Tisch fegen lassen, hier wolle jemand aus niederen Gründen irgendwelche Kernpositionen schleifen. Man kann nicht an »Wahrheiten« festhalten, die von Panzern und Raketen zermalmt wurden.

Die Fragen, die wir uns neu zu stellen haben, müssen wir in einer Zeit beantworten, in der auch andere ihre Schlussfolgerungen aus diesem Krieg ziehen. Die Ampel hat einen historischen Paradigmenwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik eingeleitet, der mit enormen Militärausgaben einhergeht. Selbstverständlich muss es erlaubt sein, innezuhalten, zu fragen: Ist das richtig, hilft das dem Frieden, verbessert das wirklich die Sicherheit?

Warum steht die Bundeswehr so schlecht da, wie behauptet wird, obwohl der Verteidigungshaushalt in den letzten Jahren stark angestiegen ist? Wer hat da profitiert? Welche Folgen hat dieser Paradigmenwechsel für die ohnehin große soziale Ungleichheit in diesem Land? Warum wurden bisher für andere grundstürzende Herausforderungen wie die Klimakrise nicht ebenso historische Paradigmenwechsel eingeleitet?

Seit Jahren wird der Aufstieg autoritärer Regime beklagt, die in ihrem Inneren gegen freie Wahlen, Meinungsfreiheit, Menschenrechte und linke Opposition zu Felde ziehen. Die jene Kräfte im Ausland hofieren, die wie die AfD gegen alles stehen, wofür die LINKE eintritt. Die eine Front gegen Demokratie und Aufklärung bilden, in welche sich schon bald wieder ein Rechtsradikaler wie Trump als Präsident der USA einreihen könnte. Was dann?

Man braucht hier nicht in den Chor jener einstimmen, die Freiheit, Gleichheit, unveräußerliche Menschenrechte, Demokratie und Kooperation zu »westlichen Werten« stilisieren, obwohl diese weder kulturell noch geografisch vereinnahmt werden sollten.

Man muss aber die Frage stellen, was das für die Politik der LINKEN bedeutet, wenn die Konfrontation zwischen Demokratie und rechtem Autoritarismus zum heißen Krieg wird. Es geht da nicht um kritikloses Einreihen, sondern um die Verteidigung von gesellschaftlichem Fortschritt, der für Linke so notwendig ist wie Sauerstoff zum Atmen.

Was die Gefährdungen der Demokratie im Inneren angeht, haben Linke nur selten ein Blatt vor den Mund genommen, vor allem nie einen Zweifel gelassen, dass gegen Rechtsradikale mehr getan werden muss, als Mahnungen auszusprechen. Aber wie schwer geht uns über die Lippen, von der »Wehrhaftigkeit der Demokratie« zu sprechen, wenn es um deren Schutz vor äußerer Bedrohung geht?

»Es ist nicht ganz einfach, den Friedenswunsch und den Verteidigungswillen in Einklang zu bringen. Und es ist absolut verständlich, dass sich nach vielen Generationen des Friedens die Men-

schen damit schwertun. Aber es ist notwendig«, hat die Historikerin Hedwig Richter dieser Tage geschrieben. Ich denke, auch für die LINKE.

In Zeiten, in denen sich große Mehrheiten der Bevölkerung große Sorgen machen, dass ein Krieg auch die Bundesrepublik erreicht, müssen wir unsere eigenen Vorstellungen von »Defensivpotenzialen« schärfen, wie sie in unserem Grundgesetzprogramm heißen. Das bedeutet nicht, die Kritik an gefährlicher Aufrüstung einzustellen, es bedeutet aber wohl, der Lage angemessene konkrete Vorstellungen zu entwickeln.

Wir bestehen aus besten Gründen darauf, dass die Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte für uns nicht verhandelbar ist. Wir nennen uns sogar Partei des Völkerrechts. Aber wie setzen wir dessen Geltung durch, wenn sich große Mächte nicht darum scheren? Wie beantworten wir die Fragen, die uns alle im Angesicht des Angriffskrieges umtreiben, etwa nach wirksamen Sanktionen, welche Druck erzeugen, um Waffen schweigen zu lassen; aber auch die danach, was es denn politisch heißt, einem überfallen Land Selbstverteidigungsrecht zuzusprechen?

Es geht mir hier nicht ums unbedachte Überbordwerfen von irgendwas, sondern um Aktualisierungen linker Positionen vor dem Hintergrund eines tiefen Bruchs, um das Erreichen eines gemeinsamen Verständnisses davon, wie das, was gerade passiert, sich in linken Positionen künftig widerspiegelt.

»Wir fordern die Auflösung der Nato und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands«, heißt es in unserem Programm. Ein Russland unter Putin, das erleben gerade nicht nur die Menschen in der Ukraine, bedroht souveräne Staaten. Sagen wir weiterhin jenen, die ihre Sicherheit in der Nato suchen, dass deren Auflösung unser programmatisches Ziel ist? Was ist aktuell die Rolle der UNO und wie können die Vereinten Nationen wieder gestärkt werden? Wie kommen wir zu Diplomatie zurück, wenn Vertrauen in Gespräche und Verhandlungen zerstört wurde? Wie genau stellen wir uns nach diesem Krieg unser alternatives Sicherheitssystem vor und wie kommen wir dorthin?

Ich habe darauf noch keine Antwort, aber ich habe das starke Gefühl, dass wir uns solchen Fragen stellen müssen. Die Wirklichkeit stellt sie an uns und ich habe hier nur einige der für mich, zugegeben, schwierigsten genannt. Es dürfte sich auch über den unmittelbaren Eindruck hinaus erweisen, dass der Angriff auf die Ukraine einen tiefen Einschnitt in die Geschichte bedeutet - mit entsprechenden Konsequenzen. Diese werden das Energieregime, viele Europafragen, ganz wesentliche Aspekte der Verteilung und die demokratische Öffentlichkeit betreffen. Und noch viel mehr.

Wir haben nach der Bundestagswahl viel über die Gründe für unser miserables Abschneiden als Partei diskutiert. Obgleich die soziale Frage stets im Zentrum stand, hat das nicht gezogen -

stellen, sprechen, beantworten wir sie noch richtig und vor allem so, dass es bei den Menschen in ihren vielfältigen Lebenswirklichkeiten ankommt? Warum haben wir trotz unzähliger Forderungskataloge für den Osten dort an Zustimmung verloren - sehen wir die Veränderungen dort hinreichend, haben sich Ungleichheiten nicht eher innerhalb des Ostens verstärkt, und was heißt das alles für unsere Politik?

Wir haben einen Prozess begonnen, in dem Fehleranalyse, inhaltliche Weiterentwicklung und Parteireform so ineinandergreifen sollen, dass die LINKE ihrer gesellschaftlichen Verantwortung wieder gerecht werden kann: eine politische Kraft zu sein, die alles daransetzt, Verhältnisse zu erreichen, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Wir werden diese Diskussionen weiterführen, aber die Zäsur des Krieges schreibt uns neue Themen auf die innerparteiliche Agenda - oder lässt schon bekannte Themen in einem neuen Licht erscheinen.

Seit längerem schon hat die LINKE von einem Epochenbruch gesprochen. Damit sollte das Neue aber auch die Herausforderung beschrieben werden, wie linke Ziele - Freiheit, Gleichheit, Kooperation - unter Bedingungen einer sich immer weiter zuspitzenden Klimakrise, also unter kapitalistisch gestörten Naturverhältnissen erreicht werden können. Unseren alternativen Ausweg haben wir als »sozial-ökologische Transformation« ausbuchstabiert. Vor dem Hintergrund des Krieges und seiner Konsequenzen werden sich Zeitregime, Gegenkräfte, Durchsetzungschancen und vieles andere verändern. Auch auf diesem so wichtigen Feld, werden wir nicht umhinkommen, unsere bisherigen Antworten noch einmal einer Prüfung zu unterziehen.

Aufgrund der Folgen eines Angriffskrieges, der vom fossilen Kapital finanziert wird, wächst die Dringlichkeit eines radikalen energie- und mobilitätspolitischen Umstuwens. Das ist auch eine friedenspolitische Frage, denn abermals erweist sich, wie eng internationale Konflikte und fossile Märkte verbunden sind. Nur: Die Widerstände und Probleme, mit denen eine sozial-ökologische Transformation konfrontiert ist, werden nicht geringer. Die Menschen in den Regionen, die jetzt schon mitten drin im Strukturwandel sind, etwa die Kohlereviere, fallen abermals in Unsicherheit. Während wir unter Bedingungen, die bremsend wirken, eine Beschleunigung der gerechten und sozial ausgestalteten Transformation fordern, werden wir uns auch stärker als bisher der sozialen Adaption an die schon eintretenden Folgen der Klimakrise zuwenden müssen.

Lasst uns miteinander reden, nicht nur übereinander. Lasst uns gestatten, uns angesichts dieses Krieges auch einmal in den Arm zu nehmen, gerade und trotz unserer Differenzen in bestimmten Fragen. Lasst uns der Unmenschlichkeit des Krieges mit Menschlichkeit begegnen. Und lasst uns linke Antworten finden, die Fragen haben nicht nur wir selbst.

Der vollständige Beitrag ist zu finden unter:
<https://www.susannehennig.de/nc/aktuell/detail/news/wir-muessen-reden/>

Einige Gedanken zum Krieg Russlands gegen die Ukraine

von Steffen Dittes



Bildrechte: Steffen Dittes

Das Unvorstellbare ist vorstellbar geworden

Der verbrecherische Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Welt verändert. In Europa herrscht wieder Krieg. Es ist nicht der einzige Krieg derzeit auf der Welt, in dem Menschen sterben und Lebensgrundlagen zerstört werden. Die geografische Nähe der von Raketen- und Artillerieangriffen betroffenen Städte und Dörfer und eine durch vergleichbare Lebenswelten gesteigerte individuelle Vorstellungskraft, selbst Opfer des Krieges sein zu können, verändert das Leben der Menschen. Dass der Aggressor Russland eine Nuklearmacht ist und eine mittelbare oder unmittelbare Beteiligung von NATO-Staaten und damit weiterer Nuklearmächte droht, hat eine überwunden geglaubte Gefahr eines atomaren Erst- und Gegenschlages und die Tatsache, dass neun Staaten über ein Waffenpotential verfügen, das das Leben auf der Welt vielfach zerstören kann, zurück ins Bewusstsein geholt. Die menschlichen Reaktionen darauf werden zunehmend ambivalenter. Einerseits dominieren das Entsetzen über die Angriffe, das Mitfühlen und Mitleiden mit den Opfern des Krieges, die Sorge und die Angst vor weiterer Eskalation und Ausbreitung des Krieges und die Sucht nach neuen Informationen über Kriegsverlauf oder Verhandlungsfortschritt den Alltag. Andererseits nimmt sich langsam, aber stetig auch die Gewöhnung an einen neuerlich in Europa stattfindenden Krieg ihren Platz, Nüchternheit und zynische Brechung machen die schrecklichen Bilder aushaltbar. Doch eine Frage begleitet jede Nachricht über Zerstörung und Flucht: Wie soll das enden, was hätte nie begonnen werden dürfen?

»Der Feind meines Feindes ist war mein Freund«

Nach Ansicht der LINKEN Bundesvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow stehen sich im Ukraine-Krieg die Demokratie auf der Seite der Ukraine und rechter Autoritarismus auf der Seite Russlands gegenüber. Was damit zunächst mit Blick auf die LINKE-Debatte und deren Verhältnis zum Krieg zum Ausdruck kommen soll, ist, dass die Vorstellung überholt ist, dass sich zwei ideologisch diametral unterscheidende Blöcke wie einst gegenüberstehen und der von den USA dominierte Imperialismus und der von der Sowjetunion geprägte Kommunismus um die weltweite Durchsetzung des jeweiligen Gesellschaftskonzeptes konkurrieren, wie einst in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Diese Frage ist spätestens mit dem Zerfall der Sowjetunion in den frühen 1990er Jahren beantwortet. Die ökonomische und politische Entwicklung in der GUS und später in Russland hatte eigentlich nichts mit linken, sozialistischen oder kommunistischen Prinzipien gemein. Die einst größte Volkswirtschaft im engsten Sinne des Wortes wurde verschleudert und das System politisch einflussreicher Oligarchen bildete sich unter Jelzin heraus und manifestierte sich später unter Putin. Das Eigentum des Staates wurde privatisiert, und Staaten, die heute den russischen Autoritarismus kritisieren und die Enteignung der Oligarchie fordern, sorgten als Vertragspartner ohne Skrupel für die Privatisierung der Gewinne aus ehemals volkseigenen Arbeitsmitteln und Rohstoffen. Grundlegende politische Rechte gerieten zunehmend unter die Räder, nachdem sie nur für kurze Zeit aufblühen konnten. Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit, demokratische Prinzipien der Gewaltenteilung, gleiche Rechte für alle

Menschen unabhängig ihrer Herkunft und Lebensweise hatten schon seit vielen Jahren keinen Platz mehr im Russland des 21. Jahrhunderts. Dazu kam der Wunsch des Staates und seiner Führung, weltpolitisches Gewicht und Ausstrahlung in die Welt zu besitzen. Die dazu verfolgten politischen, ökonomischen und geostrategischen Ziele zur Sicherung von Einflusssphären wurden zunehmend mit militärischer Gewalt, wie etwa in Syrien an der Seite des Assad-Regimes, verfolgt. Die Ziele unterschieden sich in der Sache kaum von denen der USA und anderer Staaten des »Westens«, sie konkurrierten aber zwangsläufig an um für beide Seiten wichtigen geostrategischen Schauplätzen und Rohstoffmärkten. Dort, wo diese Konkurrenz aushaltbar war und ist, ließ man sich wechselseitig mehr oder weniger gewähren. Eine Protestnote hier, eine Protestnote dort, jeweils sekundiert durch die jeweiligen Bündnispartner. Der geostrategische Konflikt zweier dem Wesen nach demselben Ziel verfolgende Systeme musste aber irgendwann kulminieren. DIE LINKE muss nun erkennen, dass das noch nie gültige Postulat »Der Feind meines Feindes ist mein Freund«, das lange Zeit die Außenpolitik und deren Versäumnisse getragen hat, aus den Köpfen verschwinden muss.

Der beschriebene geostrategische Konflikt erklärt weder den Ukraine-Krieg, noch versucht es in der Erläuterung von vermeintlichen Staatsinteressen eine Rechtfertigung für den verbrecherischen Überfall zu finden. Er negiert auch nicht, dass es in der Ukraine eine mit vielen Stolpersteinen und Schwächen versehene Weg der Demokratisierung gibt. Und keinesfalls wird unterschlagen, dass nationalistische Großmachtträumerei und historische Überschätzung den Angriff durch Russland untermalt. Aber den Krieg darauf zu reduzieren, in der Ukraine stehen sich Demokratie und rechter Autoritarismus in einem heißen Krieg gegenüber, greift zu kurz, weil die mit dem Gebiet und der Lage des souveränen Staates Ukraine verbundenen geostrategischen, ökonomischen und politischen Interessen zwei sich gegenüberstehende Blöcke, einerseits die Gemeinschaft der NATO-Staaten und andererseits der russische und post-sowjetische Einflussraum, unterschlagen werden, was insbesondere die Gestaltung einer dem Krieg folgenden nachhaltigen Sicherheits- und Friedensarchitektur erschweren wird.

Aufarbeiten von Fehlern wäre Ausdruck von Souveränität

Wenn über die Zukunft gesprochen wird, muss der Blick in die Vergangenheit gewagt und wo notwendig auch zugemutet werden. Was für die Erklärung der Gegenwart und ganz speziell zur erklärenden Einordnung des Angriffskrieges Russlands vollkommen untauglich und unstatthaft ist, muss hingegen Grundlage für den Aufbau einer auf Frieden und Ausgleich setzenden künftigen Koexistenz von Staaten sein. Ziel kann eigentlich nur sein, allen Menschen weltweit unabhängig ihrer staatsrechtlichen Zuordnung den gleichen Zugang zum gesellschaftlichen, das meint den natürlichen, den ökonomischen, den politischen oder kulturellen Reichtum und damit gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen. Dann müssen wir auch in der Europäischen Union über Fehler oder bewusst aus- und abgrenzende und die Folgerisiken unberücksichtigt lassende politische Entscheidungen, über die Verfolgung und Durchsetzung eigener egoistischer ökonomischer und geostrategischer Ziele zu Lasten von Menschen außerhalb der Europäischen Union offen und selbstkritisch reden. Der beanspruchte Ressourcenverbrauch, die Ausbeutung von Menschen und Staaten zur Lebensmittelproduktion, die Herausbildung wirtschaftlicher und finanzökonomischer Abhängigkeiten oder der Ausbau der Festung Europa sind nur einige wenige Beispiele, zu denen auch die Türkeipolitik, aber auch die Russlandpolitik der vergangenen 30 Jahre gehören. Das Eingestehen eigener Fehler ist nicht gleichbedeutend mit der Entschuldung Putins und des russischen Staats- und Sicherheitsapparates. Es wäre geradezu Ausdruck der Souveränität und der Handlungsfähigkeit freier und demokratischer politischer Systeme und damit auch ein deutliches Signal an diejenigen, die nach wie vor noch meinen, Konflikte gleich welcher Art mit militärischen Mitteln lösen zu können. Die derzeit verfolgten Pläne zur Aufrüstung in europäischen Staaten und insbesondere auch der Bundesrepublik lassen derzeit aber eher befürchten, dass die auf gegenseitige Abschreckung setzende Aufrüstungsspirale mit all ihren bekannten Folgen erneut in Gang gesetzt wird, anstatt um die Fehler der Vergangenheit wissend an einer neuen Form des Zusammenlebens von Menschen auch in unterschiedlich verfassten Staaten zu arbeiten. Hier wird auch die politische Verantwortung von Friedensbewegung und der LINKEN wieder deutlich hervortreten. Sie muss sich dann wandeln von einer zu Zeiten des Krieges appellierenden und fordernden Positionierung gegen den Krieg hin zu einer gestaltenden Kraft für die Zeit nach dem hoffentlich schnellen und baldigen Ende des Krieges gegen die Menschen in der Ukraine.

Der vollständige Beitrag ist zu finden unter:

<https://www.steffendittes.de/nc/home/detail/news/zum-krieg-russlands-gegen-die-ukraine-einige-gedanken/>

Energie zwischen Sicherheit und Preisen

von Ralph Lenkert

Die Abhängigkeit von russischem Erdgas ist inzwischen ein ernstes Problem. Das Dilemma ist selbst geschaffen, da die bisherigen Bundesregierungen und die EU den Energiesektor privatisierten, deregulierten und den Umbau auf ein erneuerbares Energiesystem im Interesse der fossilen Konzerne zu lange ausbremsten.

Der Handel mit fossilen Rohstoffen hat seit jeher Abhängigkeiten erzeugt. DIE LINKE fordert den Umbau des Energiesystems bis 2030 auf erneuerbar, damit Deutschland von fossilen Energieimporten unabhängiger wird (Industrie- und Verkehrssektor brauchen länger). Kein Blut für Öl – dieser Slogan der internationalen Friedensbewegung, ist aktuell und richtet sich seit Jahrzehnten gegen Ressourcenkriege und gegen die Abhängigkeiten zu Diktatoren und Autokraten, die Menschenrechte mit Füßen treten. Die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen ist deshalb nicht nur eine klimapolitische Frage gewesen. Angesichts des Krieges in der Ukraine ist die Frage in den Augen der Öffentlichkeit viel dringlicher geworden. Kurzfristig lässt sich die Abhängigkeit von Kohle, Öl- und Erdgas leider nicht beseitigen, aber man muss endlich konsequent anfangen diese Rohstoffe zu ersetzen.

Es ist klug die Fragen der internationalen Sicherheit, den Kampf gegen den Klimawandel und für soziale Gerechtigkeit zu verbinden.

Kurzfristig müssen wir absichern, dass weltweit genügend Nahrung zur Verfügung steht, weil Ukraine und Russland als Exporteure ausfallen. Russland und Weißrussland wurden im Zuge von

Produktionsverlagerungen zur Gewinnmaximierung (auch von K+S) zu großen Düngerproduzenten und damit fallen auch Düngelieferungen aus. Ohne Erdgas können die großen deutschen Düngerproduzenten nicht produzieren. Damit nicht Millionen Menschen in Afrika verhungern muss bei uns Dünger produziert werden können- aus Erdgas.

Energiepreise steigen und steigen, Inflation auf einen Langzeithoch

In Europa, in Deutschland muss für Jeden die Wohnung warm sein, die Mobilität gesichert werden und alles bezahlbar bleiben. Eine länger anhaltende Inflation von 7,3% wie im März 2022 insbesondere der Anstieg bei Energiepreisen von 39,5% überfordert viele Bürger:innen – stürzt Millionen in Existenznot. DIE LINKE fordert monatliche Energiegeldzahlungen je Haushalt und Person, preiswerte Grundkontingente und weitere Zuschüsse für Sozialleistungsempfänger. Heizkosten sollen Bestandteil des Wohngeldes werden. Es braucht deutlich mehr Geld für den ÖPNV und ein Mobilitätsgeld.

Doch wo die einen unter hohen Heizkosten und Spiritpreisen ächzen, freuen sich Spekulanten und Energiekonzerne über Zusatzgewinne in Milliardenhöhe. Möglich wurde dies durch Deregulierung des Energiebereiches und Privatisierungen. Die LINKE will Zusatzgewinne besteuern und eine funktionierende Preisaufsicht. In Frankreich wurde per Regierungserlass beschlossen, den Strompreisanstieg auf 4 Cent pro Kilowattstunde zu begrenzen, möglich, weil der französische Staat die Mehrheit am Energieriesen EDF hat. Zwar gibt es in Deutschland viele kommunale Energieanbieter, aber die müssen am Markt kaufen, wurden in die Marktlogik gezwungen, haben keine Möglichkeit, sich gegen Spekulationen zu wehren. Der Bund muss selbst als Akteur in der Energiewirtschaft mit einem eigenen staatlichen Unternehmen in die Lage versetzt werden, beispielsweise mit strategischen Reserven bei Energien die Energiekosten stabil halten zu können. Regulieren statt Spekulieren fordert DIE LINKE.

Was uns jetzt in der Energieversorgung weiterhilft und was nicht

Auch zukünftig bei Dunkelflaute, wenn im Winter die Sonne nicht scheint und kein Wind weht, werden wir weiterhin Gas oder Wasserstoff brauchen und damit das Gasnetz- und die Gasspeicher. Aber zunächst muss der aktuelle Gasbedarf gesichert werden. Deshalb fordere ich: Das Biogasanlagen mit Gasreinigung ins Erdgasnetz einspeisen. Wenn jetzt neue LNG-Terminals gebaut werden, muss klar sein, dass über diese zukünftig auch Ammoniak oder Wasserstoff geliefert werden kann. Die Lieferung von Fracking-Gas aus den USA ist wirtschaftlich und vor allem klimapolitisch keine Alternative, da bei der Förderung zu viel klimaschädliches Methan entweicht. Fracking-Gas ist schlimmer für das Klima als Kohle.

Kurzfristig müssen wir bei starkem Wind und viel Strom aus Photovoltaik den Überschussstrom in Wärmenetze geben um Gas zu sparen. Langfristig muss dieser Strom mittels Elektrolyse als Wasserstoff für Dunkelflauten, für Zeiten mit zu wenig Wind – und Solarstrom eingespeichert werden.

Renaissance der Atomenergie?

Von Einigen wird eine Renaissance der Atomenergie ins Gespräch gebracht. Doch Atomkraft hilft uns nicht weiter. Der Weiterbetrieb von AKWs ist kaum umzusetzen, denn die verwendete Technik ist über 40 Jahre alt und wurde in den letzten Jahren kaum gewartet, Ersatzteile fehlen und die Computertechnik nun ja ist älter und mit aktuellen Komponenten kaum verbindbar. Neue Atomkraftwerke hätten 10- 15 Jahre Bauzeit.

Für Brennstäbe benötigt man bekannterweise Uran. 47 Prozent des weltweiten Uranabbaus finden in Russland und Kasachstan statt. 7 Prozent stammen aus Usbekistan, 2 Prozent aus der Ukraine und 6 Prozent aus dem Niger. Klar, man könnte versuchen, Uran aus Australien, Kanada, Namibia oder China zu erwerben. Aber diese Länder haben bereits feste Abnehmer, und können nur 36 Prozent des weltweiten Bedarfs decken. Vom weltweiten Bedarf benötigen alleine die USA derzeit 30 Prozent, China 18 Prozent, Frankreich 14 Prozent und Südkorea 8 Prozent. Also allein die USA und Frankreich brauchen mehr Uran, als derzeit aus halbwegs sicheren Herkunftsländern zu erhalten ist.

Wer die Abhängigkeit von russischem Gas durch eine Abhängigkeit von russischem Uran ersetzt, will den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. Wer die Energiesicherheit mit Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken sichern will, riskiert einen Black-Out oder Schlimmeres. Die Langzeitfolgen des Uranbergbaus, die ungelöste Endlagerfrage, die immensen Kosten, welche die Atomneubauten mit sich bringen und das permanente Risiko eines GAU, der große Teile des Landes unbewohnbar machen könnte – sind alles ungelöste Probleme. Im Übrigen kann man mit Atomkraft kaum Erdgas ersetzen, denn Gas wird überwiegend zum Heizen benötigt, wofür ein Atomkraftwerk nicht ausgelegt ist. Und es gilt: ohne Atomkraftwerke gibt es keine Atombomben.



Bildrechte: Ralph Lenkert

Was nun?

Wir müssen die Erneuerbaren Energien ausbauen, so schnell wie möglich. Vor allem aber heißt es, Ressourcen und Energie zu sparen, wo es nur geht. Wir brauchen langlebige und reparierbare Produkte, müssen unnütze Stromverschwendung wie beim Aktien-Hochfrequenzhandel beenden, weniger Müll produzieren, uns auf das konzentrieren, was für ein sozialverträgliches und ökologisches Leben erforderlich ist. Erst jetzt wurde voll erkannt, dass gute Klimapolitik auch mehr Sicherheit bringt. Aber ohne soziale Gerechtigkeit wird Klimapolitik scheitern, an fehlender Akzeptanz. Davon ist DIE LINKE überzeugt, deshalb streiten wir für den sozial-ökologischen Umbau. Hoffentlich kommt auch die Erkenntnis schnell genug bei allen an, dass es ohne soziale Gerechtigkeit nicht geht.

Politik verstehen. Kommunen entwickeln. Thüringen gestalten.

DIE THÜRINGENGESTALTER

Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.

Dein Verein für kommunalpolitische Bildung & Vernetzung.

- Seminare nach Wunsch
- Neueste Informationen aus den Parlamenten

- Zugang zu unserem online Wissens- und Vernetzungsforum

Jetzt mitgestalten
www.thueringengestalter.de

Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpft DIE LINKE für eine Modernisierung der Arbeitswelt. Dabei geht es für die Beschäftigten nicht nur um Anerkennung in Form von höheren Löhnen, sondern auch um den Abbau von Arbeitsbelastungen und Stress und die Stärkung von Arbeits- und Kündigungsschutz.

von Lena Saniye Güngör

DIE LINKE und die Gewerkschaften

Für eine moderne Arbeitswelt

Die Corona-Pandemie hat an vielen Stellen schonungslos die Probleme unseres Arbeitsmarktes offengelegt. Dennoch reagierte die Öffentlichkeit regelrecht überrascht, als beispielsweise das Pflegepersonal über die zu große Belastung klagte. Immer mehr Menschen kehren dem Pflegeberuf den Rücken, was verheerende Auswirkungen auf uns alle haben wird, denn der Bedarf an Pflege steigt stetig. Doch auch in anderen Bereichen klagen die Beschäftigten über zu große Arbeitsbelastungen. Das Personal im Supermarkt beispielsweise.

Während die Inhaber der großen Handelskonzerne in der Pandemie Milliarden verdienten – allein das Vermögen von Dieter Schwarz, Inhaber der Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland) soll sich im letzten Jahr um 10 Milliarden Euro erhöht haben – mussten sich die Beschäftigten in den Läden mit zusätzlichen Aufgaben des Infektionsschutzes herumschlagen, von pöbelnden Kund:innen, die Dank Hamsterkäufe nicht die Ware bekamen, die sie gern kaufen wollten, oder uneinsichtig bei der Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes waren, ganz zu schweigen. Wie zynisch muss es für dieses Personal wirken, wenn dann die CDU im Thüringer Landtag versucht, über eine Änderung des Ladenöffnungsgesetzes die Samstagarbeit weiter auszuweiten, ihnen noch weniger Freizeit für Familie und Freunde gönnen will? Glücklicherweise konnten wir diesen Vorstoß vorerst abschmettern, doch der nächste wird mit Sicherheit irgendwann folgen.

In den sogenannten systemrelevanten Berufsgruppen arbeiten die Menschen, nicht nur pandemiebedingt am Limit. In diesen Berufen ist der Frauenteil überdurchschnittlich hoch. Gleichzeitig wenden Frauen pro Tag im Schnitt 52,4 Prozent mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit auf als Männer. Die »Gender Care Gap« verdeutlicht, dass Frauen häufiger neben dem Beruf beispielsweise durch Kindererziehung, Pflege von Angehörigen und Hausarbeit unter mehrfacher Belastung stehen. Und dies hat Folgen, physisch und psychisch. Die Zahl der Krankschreibungen wegen psychischer Probleme hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Gründe dafür sind neben den Arbeitsbelastungen, aber auch Ängste vor Arbeitslosigkeit und Hartz 4.

Hier muss die Politik endlich handeln. Hartz 4, prekäre Beschäftigungen, wie Leiharbeit und Minijobs, sowie sachgrundlose Befristung gehören endlich abgeschafft.

Um die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen, benötigt es einer Anti-Stress-Verordnung, die Unternehmen in die Pflicht nimmt, erforderliche Maßnahmen zu treffen, um die Gefährdung der Beschäftigten durch psychische Belastung bei der Arbeit zu vermeiden. Dies muss endlich Teil des gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsschutzes werden.

Doch auch beim physischen Arbeitsschutz gibt es immer noch gewaltige Mängel. Auch dies hat nicht zuletzt die Pandemie aufgezeigt. Viele Arbeitnehmer:innen berichteten, dass in ihren Unternehmen die Pandemie »am Werkort aufhöre«. Zwar gab es Regelungen zum Infektionsschutz am Arbeitsplatz, oftmals wurde dieser allerdings nicht eingehalten. Auch hier wurden das Wohl und die Gesundheit der Beschäftigten oftmals dem Profit geopfert. Die langen Diskussionen zur Homeoffice-Pflicht oder einem möglichen Wirtschaftslockdown, das zögerliche Handeln der Bundesregierung und nicht zuletzt auch die nicht vorhandene Kompromissbereitschaft der Länder für bundesweit einheitliche Regelungen führten



Bildrechte: Lena Saniye Güngör

zu zusätzlichen Belastungen und Unsicherheiten. Viele mussten ihr Privatleben völlig der Pandemie und dem Infektionsschutz unterordnen: keine Freizeitaktivitäten, keine Treffen mit Freunden oder Verwandten, aber arbeiten »durfte« man, als ob es keine Pandemie gegeben hätte. Dieser Umstand hat nicht zuletzt viele in die Fänge der größtenteils rechtsradikalen Querdenker-Bewegung getrieben. Ein großes Manko beim Arbeitsschutz sind die mangelnden Kontrollen. Was nützen einem die besten Regelungen, wenn kaum jemand vorhanden ist, der deren Einhaltung kontrolliert und durchsetzt? Dies gilt für Arbeitszeit und Arbeitsschutz und natürlich auch beim Mindestlohn.

Dieser soll nun im Herbst auf 12 Euro steigen. Dies ist nicht zuletzt auch ein Erfolg von Gewerkschaften und der linken Bundestagsfraktion, die jahrelang die Einführung eines Mindestlohns gefordert hatten und sich seitdem für eine Anhebung auf eine Höhe einsetzen, die auch zum Leben reicht und effektiv vor Altersarmut schützt. Nach wissenschaftlichen Studien reichen die 12 Euro dafür bereits jetzt nicht mehr aus. Man kann die Anhebung im Herbst also nur als einen Schritt in die richtige Richtung bezeichnen. Korrekturen werden auch in Zukunft vonnöten sein. Mit der Erhöhung des Mindestlohns soll allerdings gleichzeitig auch die Minijob-Grenze von 450 Euro auf 520 Euro angehoben werden. Dies führt dazu, dass aktuelle Minijobber:innen auch weiterhin nicht in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge kommen. Minijobs sind kein Sprungbrett in reguläre Beschäftigungsverhältnisse, im Gegenteil, sie verdrängen reguläre Beschäftigung sogar. Die Erhöhung der Minijob-Grenze fördert damit die Erwerbs- und Altersarmut.

Thüringen ist nach Sachsen das Bundesland mit der geringsten Tarifbindung in Deutschland. Nur für 44 Prozent der Beschäftigten gilt eine Bezahlung nach Tarif. Auffällig ist dabei der sogenannte »Tarif-Gap«, denn sobald ein Betrieb einen Tarifvertrag hat, gibt es für die Beschäftigten im Schnitt 23 Prozent mehr Gehalt. Der Fachkräftemangel ist auch in Thüringen ein weitreichendes Problem und dieses wird sich in den künftigen Jahren noch weiter vergrößern. Die Thüringer Unternehmen werden nur wettbewerbsfähig sein, wenn niedrige Löhne und prekäre Arbeitsbedingungen endlich der Vergangenheit angehören. Einen wirtschaftlichen Neustart werden wir in Thüringen nur bekommen, wenn der Fachkräftemangel konsequent angegangen wird und dazu benötigt es einen deutlichen Ausbau der Tarifbindung.

DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten und der Gewerkschaften. Das Wohl der Beschäftigten muss in den Unternehmen endlich in den Mittelpunkt gerückt werden. Es ist viel zu tun, um dieses Ziel zu erreichen. Dennoch verlieren die Gewerkschaften kontinuierlich an Mitgliedern. Der Frauenanteil im DGB lag 2021 nur bei 34,1 Prozent, obwohl in der aktuellen Situation die Frauen am meisten benachteiligt werden. Veränderungen lassen sich nur gemeinsam durchsetzen. Deswegen brauchen die Gewerkschaften mehr Unterstützung.

SPENDENAUFBRUF FÜRS GINKGOBLATT

Liebe Leser:innen, wenn auch ihr möchtet, dass das »rote Ginkgoblatt« dauerhaft finanziell abgesichert ist, dann spendet bitte auf folgendes Konto:

Kontoinhaberin: DIE LINKE. Apolda-Weimar
Bank: Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE34 8205 1000 0301 0136 08
BIC: HELADEF1WEM
Zweck: Spende Ginkgoblatt



Interview mit Sigrid Putscher

»Jetzt fängt die Menschheit an, endlich Menschheit zu werden«

Bildrechte: Martin Kempel

Liebe Sigrid, du bist jetzt hier im Interview für das Ginkgoblatt und ich wollte dich zuerst einmal fragen, wann bist du eigentlich geboren, wie alt bist du und wo bist du aufgewachsen?

Ich bin im Mai 1926 geboren. In, damals hieß es, München-Gladbach, das heutige Mönchen-Gladbach. Mein Vater war Geiger im städtischen Orchester. Meine Mutter hatte keinen Beruf. In der Zeit vor der Heirat hat sie ihre todkranke Mutter gepflegt und konnte deshalb keine Ausbildung anfangen. Sie wollte eigentlich gerne Lehrerin werden. Daraus ist jedoch nichts geworden.

Das heißt, du bist in der Weimarer Republik geboren und dann als kleines Kind in die Nazi-Zeit hineingewachsen.

Genau. Mein Großvater, ein Dorfschmied, war schon sehr früh nazistisch angehaucht und so ist mein Vater dann auch beeinflusst worden. Meine Mutter war dagegen unpolitisch. Sie hatte, als der Krieg kam, nur Angst um meinen Bruder, der als Soldat in der damaligen Sowjetunion war. So dass mein Vater einmal zu ihr gesagt hat: »Du bist eine schlechte Deutsche«.

Warum war sie, aus der Sicht deines Vaters, eine schlechte Deutsche?

Weil sie sich nicht engagiert hat, nicht in die NSDAP ging und sich nicht dauernd lobend über Hitler äußerte.

Wie war die Erziehung in dieser Zeit?

Dazu muss man wissen, dass meine Mutter aus einem bürgerlichen Haus kam. Alles passierte nur im Rahmen der Familie. Mal eine Schulfreundin mitbringen, wie das heute so üblich ist, wäre überhaupt nicht in Frage gekommen. Meine Mutter legte Wert darauf, dass alles nach außen stimmte. Das war eben typisch bürgerlich. Durch den Beruf meines Vaters hatte ich früh Verbindung zum Theater. Meine erste Oper, »Zar und Zimmermann«, hörte ich mit 12 Jahren. Diese schöne Musik beeindruckte mich tief und ich war drei Tage wie benommen.

Das hört sich wie eine starke Erfahrung an...

Absolut. In der Folge bin ich sehr oft ins Theater gegangen: Schauspiel, Operette, Oper. Das war also die zweite Seite der Erziehung. Die eine Seite war die nazistische, die andere die der Kunst und Kultur, die ich vor allem über meinen Vater in einer liebevollen Art und Weise kennen gelernt habe. Daher habe ich an der Schule auch viel Theater gespielt, so dass ich zu dem Entschluss kam: Ich will Schauspielerin werden. Meine erste große Liebe war der Schauspieler Leo Bez, der dem Idealbild der Zeit absolut entsprach – germanisch, blond, blauäugig.

Wie hast du das Ende des Krieges erlebt und was ist dann passiert?

Im Bunker erlebte ich den Luftangriff auf meine Stadt, der unsere Wohnung zerstörte. Du musst aber nicht denken, dass wir dann plötzlich gegen Hitler waren, nein. Wir waren so erzogen, dass man fürs Vaterland Opfer bringen muss. Und ich habe es fertiggebracht, sogar noch kurz vorm Ende des Krieges in die NSDAP eintreten zu wollen. Ich weiß noch, da war ein älterer Mann,

der guckte mich irgendwie mitleidig an und sagte dann: »Wir machen jetzt keine Aufnahmen«.

Wie bist du dann in Thüringen gelandet?

Irgendwann haben Verwandte von uns gesagt: »Kommt doch her nach Thüringen. Hier ist nicht viel los.« Und dann sind wir tatsächlich dorthin und wurden in Stadtroda als Flüchtlinge aufgenommen.

Ich kenne dich ja als Sozialistin, als Genossin meiner Partei, wo wir verschiedene Generationen repräsentieren. Von dem, was du bisher erzählt hast, sind wir davon noch weit weg. Du wolltest selbst im Spätkrieg noch in die NSDAP eintreten und hast an viele Dinge geglaubt. Daher meine Frage: Wenn du jetzt zurückschaust, wie und warum bist du eigentlich Sozialistin geworden? Was ist da passiert? Wie würdest du diese Geschichte erzählen?

In Stadtroda waren inzwischen die Sowjets eingezogen. In der Zeitung stand dann, dass ein Theaterstück aufgeführt werden soll und wer Beziehung dazu hat, kann sich gerne melden. Ich war zwar noch keine Schauspielerin, aber ich wollte es ja werden und daher habe ich dort mitgemacht. Wir haben dann irgend so ein albern Stück, welches der Leiter selbst geschrieben hatte, aufgeführt. Es gab »bunte Abende« - mit Schauspielern, Sängern und Tänzern, verschiedenes kam zusammen. Da habe ich das erste und einzige lange Kleid meines Lebens getragen. Mit diesem bunten Abend sind wir über die Dörfer gefahren. Geschlafen haben wir auf irgendwelchen Bauernhöfen. Und da habe ich auch zum ersten Mal Thüringer Klöße gegessen und die haben mir überhaupt nicht geschmeckt.

**lacht* - Sigrid wir müssen aufpassen, was du hier sagst. Du hast jetzt schon gesagt, in Thüringen sei nichts los und dass dir Thüringer Klöße nicht schmecken.*

lacht Naja, mein Gott. - Und dann stand in der Zeitung: Die Musikhochschule Weimar hat eine Abteilung Schauspiel. Bewerber sollen sich bitte melden. Mein Vater war ja nicht dagegen, dass die Tochter auch ein bisschen in die Kunst ging. Und so habe ich mich dann beworben und die Aufnahmeprüfung auch tatsächlich direkt bestanden. Ich war ja immer ganz schüchtern, aber jetzt wollte ich mein Leben selbst bestimmen. Ich wusste, wenn du es jetzt nicht schaffst auf eigenen Füßen zu stehen, dann schaffst du es niemals. Meine Eltern hatten inzwischen geplant, wieder nach München-Gladbach zurück zu ziehen. Am Tag ihrer Abreise, das vergesse ich nie, im ungeheizten Zug mit kaputten Fenstern, rief meine Mutter plötzlich - ich hatte mir in Weimar schon ein Zimmer besorgt - : »Komm lass alles stehen und liegen und steig mit ein.« Und da habe ich gesagt: »Nein.«

Das heißt, wir haben jetzt eine junge Sigrid. Wie alt wirst du da gewesen sein? 19 oder 20? Die sich in Weimar ein Zimmer organisiert hat. Ihre Eltern wollten, dass sie mit nach Hause fährt, aber sie hat ihre Angst überwunden und gesagt, sie muss auf eigenen Beinen stehen.

Ja, und jetzt geht es los. Unser auszubildender Professor am Theaterinstitut Schloß Belvedere, Maxim Valentin, kam aus sowjetischer Emigration.

Ich glaube, er ist auch Jude gewesen. Das weiß ich nicht mehr so genau. Aber: Er war Kommunist. Dieser Maxim Valentin war fantastisch. Er hat überhaupt keinen bisschen Holzhammer gebraucht. Er verwies auf emigrierte Schriftsteller, wie z.B. Thomas Mann, oder sorgte dafür, dass KZ-Insassen mit uns sprechen konnte. Da hat mich besonders einer beeindruckt: Kurt Goldstein. Der war auch Jude und Kommunist. Dieser Kurt Goldstein hat einen Zirkel eröffnet über das kommunistische Manifest. Und da habe ich gedacht, da musst du mal hingehen. Ich weiß noch ganz genau, als ich das erste Mal da war, habe ich kein Wort verstanden. Ich habe überhaupt nicht begriffen, was da geredet wird.

Eine ganz ähnliche Erfahrung habe ich gemacht, als ich angefangen habe Soziologie und Philosophie zu studieren. Ich bin ich gleich zu Anfang zu Veranstaltungen für höhere Semester gegangen. Dort habe ich auch nichts verstanden, aber irgendetwas hat mich unglaublich fasziniert.

Ja, in der Folge fing ich an auch andere Schriften zu lesen und mir sehr viele Gedanken zu machen. Auf jeden Fall habe ich ziemlich schnell begriffen, was wir hinter uns gelassen haben - und die Zeit war ja auch nicht einfach. Man hatte immer Hunger. Ich habe beim Bäcker noch einen Ring meiner Eltern gegen ein Brot eingetauscht. Meine Bude war kalt. Ich bin dann öfters in den Wartesaal im Bahnhof gegangen, weil dort eine lauwarme Heizung war. Aber immer habe ich mir gedacht: Du hast dir deinen Wunsch erfüllt. Du wirst jetzt Schauspielerin. Eines Tages bin ich dann zu Maxim Valentin gegangen und habe gesagt: »Darf ich zu euch kommen?« So war mein Eintritt in die Partei.

»Darf ich zu euch kommen?« - Das ist eine Formulierung, die ich in einem solchen Kontext noch nicht gehört habe...

Ja, kein Mensch hat mich dazu aufgefordert. Ich habe gedacht: Du hast jetzt begriffen, was der Nationalsozialismus war und was dagegen die Kommunisten wollen. Nach meinem Satz »Darf ich zu euch kommen« hat mich Valentin lange angeschaut und gesagt: »Ich glaube, du bist jetzt soweit.«

Was ist mit dir in der Zeit vorher geistig passiert? Der Schritt, dass man sagt, man will einer Partei beitreten, den geht man ja nicht am Anfang einer Entwicklung...

Eine große Rolle spielten dabei die Weltfestspiele der Jugend. Da habe ich immer an den schiller'schen Text »Alle Menschen werden Brüder« gedacht, da habe ich gedacht, jetzt bricht eine neue Zeit an, die schönste Zeit auf der Welt.

Das musst du genauer erklären. Woher kam dieses Gefühl? Was war da los, dass dich zu diesen Emotionen gebracht hat?

Naja, das war eine Zusammenkunft, ein bunter Abend, wo wir getanzt haben. Dann spielte dort eine chinesische Truppe eine zeitgenössische Oper. Das war natürlich noch etwas Fremdes, aber mit denen saßen wir dann abends zusammen und ich weiß noch, die eine Chinesin streichelte immer meinen Arm und sagte: »Kommunist, Kommunist« und war glücklich, wir waren alle glücklich. Es waren viele internationalen

Gäste da. Ich habe immer Träume gehabt in meinem Leben. Schauspielerin werden war so ein Traum. Und dieses »Alle Menschen werden Brüder« war auch so ein Traum, der mich gefühlsmäßig stark beeindruckt hat. Es war alles so international. Man kennt sich kaum und kann höchstens ein paar Brocken Englisch miteinander sprechen. Man weiß aber, jeder hat dasselbe Gefühl und denselben Wunsch. Jetzt fängt die Menschheit an, endlich Menschheit zu werden. Solche Gefühle hatte man.

Wahnsinn.

Ja, Wahnsinn. Ich habe dann z.B. den einen asiatischen Geiger gefragt, was denn sein liebster Komponist wäre? Da guckt er mich an, lächelte und sagte: »Beethoven«. Ich dachte, dass ich nicht richtig höre. Ich hatte doch keine Ahnung. Ich dachte, er sagt irgendwas, was ich gar nicht verstehe, und er sagt »Beethoven«. Das verband einen dann doch sehr.

Das heißt, es ging hier um Kultursymbole, die vorher für dich als deutsch angesehen worden sind und die plötzlich Zeichen für Internationalismus waren.

Ja, ich war fassungslos. Das habe ich mir natürlich nicht anmerken zu lassen. Nicht das er denkt, dass ich ihn für blöd halten würde. Zwischendrin bin ich dann immer in den Sommerferien, die wir ja auch in Belvedere hatte, in den Westen gefahren. Und dort bin ich in einer Wahlversammlung der CDU gelandet, in der Adenauer sprach. Ich hatte schon meine Einstellung zu ihm. Der hat ja Glopke und Lüpke, zwei Super Nazis, mit in die Regierung genommen. Am Abend desselben Tages bin ich dann in die Wahlversammlung der KPD gegangen und habe anschließend einen Aufruf von Manfred von Brauchitsch mit verteilt. Manfred von Brauchitsch war ja in meiner Jugendzeit ein ganz berühmter Rennfahrer. Er war am Anfang auch pro Hitler. Der hat eine 100% Wende hingelegt und sich für den Frieden engagiert. Wegen Hochverrat wurde er zweimal verhaftet. Beim zweiten Mal konnte er fliehen und wo floh er hin? In die DDR. Ich habe mich so gefreut, dass dieser Brauchitsch das fertig gebracht hat: Von einem Helden der Nazis zu einem Gegner des Faschismus.

Wie ist es dir persönlich weiter ergangen?

Ich habe zuerst einmal mein Studium abgeschlossen. Als »Das junge Ensemble« traten wir im Anschluss zwei Jahre in der ganzen DDR auf. Große Rollen spielte ich aber nicht. Eines Tages sagten mir die Genossen: »Wir schicken dich jetzt ein Jahr auf Bezirksparteischule«. Naja, dachte ich mir, wenn die Genossen meinen, dass das jetzt wichtig und richtig sei. Dort gründeten wir u.a. eine Kulturkommission mit einigen Interessierten und veranstalteten Feiern zu Gedenktagen. Ich habe aber immer gesagt, dass ich zurück zum Theater will. Dann hieß es jedoch, »wichtig ist im Moment die Polizei zu unterstützen«. Also unterschrieb ich - traurig allerdings! - eine Zusage, dass ich auch das mache, wenn es denn die Partei verlangt.

Du solltest zur Polizei gehen?

Ja. Es kam dann aber gar nicht dazu. Inzwischen gab es auch die Idee, dass man mich hier

in der Kreisleitung in Weimar ganz gut für die Kultur gebrauchen könnte. Ich dachte, dass meine Begabung für das Theater doch nicht so groß sei, auch wollte ich aus Weimar nicht mehr weg und arbeite etwa zwei Jahre in der Kreisleitung. Ein überraschendes Angebot vom Weimarwerk, das einen Leiter für seinen Betriebsfunk suchte, nahm ich danach gerne an.

Was kann ich mir unter dem Betriebsfunk des Weimarwerks genauer vorstellen?

Ja - überall in den Hallen waren Empfänger. Und da wurden, insbesondere zur Tagesschicht, Sendungen abgespielt. In der Frühstückspause gab es private Glückwünsche, auch mit einem musikalischen Wunsch; in der Frühschicht oder zum Feierabend gab es Unterhaltungsmusik. Ich habe dann immer auch mal ein klassisches Stück mit eingebaut. Ich wollte ja, dass das alles etwas Niveau hat.

Dort habe ich dann auch zum ersten Mal wirkliche Arbeiter kennen gelernt und bekam großen Respekt vor ihren Leistungen. Insgesamt war die Zeit dort für mich sehr neu und sehr interessant. Interessant war für mich auch, dass das Weimarwerk ein eigenes Clubhaus hatte. Dieses Clubhaus ist mit Gewerkschaftsgeldern und mit Spenden von Arbeitern aufgebaut worden. Dort spielte sich ein ganz reges Kulturleben ab. Z.B. erklärte ein Dozent der Musikhochschule, was eine Sinfonie sei, und danach ist man in ein Konzert gegangen. Es gab dort auch einen Zirkel schreibender Arbeiter, einen Theaterring und allgemeine Volkskunst. Also dieses Kulturleben im Weimarwerk war für mich sehr interessant und anziehend und ich habe mich dort folglich stark engagiert.

Das Interview führte Martin Krempel.
Der zweite Teil erscheint in der nächsten Ausgabe des Ginkgoblattes.

UNZ

UNSERE NEUE ZEITUNG - THÜRINGEN AUF LINKS

23 Ausgaben mit Parlamentsreport:
jetzt abonnieren für nur 26 Euro
www.unz.de verlag@unz.de

Warum das Weimarer Land weiter auf den VMT setzen sollte

von Kevin Reichenbach

Wie ein roter Faden zog sich das Thema ÖPNV in Gestalt der Personenverkehrsgesellschaft mbH Weimarer Land (PVG) durch die letzten Sitzungen des Kreistages Weimarer Land.

Den Anfang machte ein Dringlichkeitsantrag der Landrätin Christiane Schmidt-Rose (CDU) über eine Überbrückungshilfe an die PVG. Diese wartete auf die Auszahlung einer Coronahilfe des Landes und war in einen Liquiditätsengpass geraten. Der Kreis sollte bis zur Auszahlung der Gelder aushelfen. Dies brachte nun Ex-Landrat Hans-Helmut Münchberg (FWW/BI) auf den Plan. Dieser sprach der Vorlage die Dringlichkeit ab und warf der Geschäftsführung Missmanagement vor. Der Dringlichkeitsantrag bekam »Dank« der Weigerung von FWW/BI und AfD nicht die nötige Zweidrittelmehrheit und wurde deswegen nicht auf die Tagesordnung genommen. Hätte die Landrätin nicht per Eilentscheid das notwendige Geld der PVG zukommen lassen, hätte die Gesellschaft die Löhne für November nicht zahlen können. Machtspiele und Populismus auf Kosten der Beschäftigten. Übrigens: Das Geld vom Land kam dann wenige Wochen später und die PVG zahlte die Überbrückungshilfe an den Landkreis zurück.

Es ging in der gleichen Sitzung direkt weiter. Im Zuge der Beratungen zum Haushalt des Landkreises für das Jahr 2022 wurden die Zuschüsse an die PVG thematisiert. Diese sollten um knapp 550.000 Euro steigen. Dies ist viel Geld, keine Frage, aber es lagen auch ein paar wichtige Gründe vor: Neben den gestiegenen Kosten für Personal und Diesel, werden im Jahr 2022 auch 350.000 zusätzliche Fahrplankilometer durch die PVG gefahren. Hauptgrund dafür ist die Übernahme der Linie 152 von Erfurt über das Grammetal nach Weimar, eine wichtige Strecke, die die gesamte Landgemeinde besser an das Umland anschließen soll. Die Übernahme der Linie der Erfurter Verkehrsbetriebe hatte der Kreistag mehrheitlich beschlossen. Eigentlich sollte jedem klar sein, wer mehr bestellt, muss auch mehr zahlen. Manchen bei AfD und FWW/BI scheint das aber nicht einzuleuchten. Sie plädierten mehrfach für Kosteneinsparungen, welche aber nur mit Streichungen von Linien einhergehen könnten und warfen dem Kreistag vor, beim ÖPNV Steuergelder zu verschwenden. Da stellt sich doch die Frage, wofür man öffentliche Gelder sonst verwenden sollte, wenn nicht für die öffentliche Daseinsvorsorge, beispielsweise beim ÖPNV. Der Kreistag verabschiedete mehrheitlich die Haushaltssatzung mit den erhöhten Zuschüssen für die PVG.

Aber es ging immer noch weiter. Auf der Tagesordnung stand nun ein neues Vertragswerk des Verkehrsverbund Mitteldeutschland (VMT). Das



Bildrechte: Kevin Reichenbach

alte musste an die neuen gesetzlichen Bestimmungen angepasst werden. Zudem wurde ein für den Landkreis wichtiger Teil verändert, der sich auf die prozentuale Verteilung von Geldern des VMT bezog. Hier wurde eine Ungleichbehandlung der Verkehrsunternehmen im ländlichen Raum im Vergleich zu denen aus den großen Städten korrigiert. Die PVG würde so etwa 100.000 Euro jährlich mehr vom VMT erhalten. Eigentlich eine feine Sache, doch Münchberg passte das nicht. Erneut trat er ans Mikrofon. Diesmal forderte er die Landrätin auf, sie solle die Chance nutzen und aus dem VMT aussteigen. Er warf dem VMT Habgier vor. Die Verträge mit dem VMT seien »Knebelverträge« und der Landkreis würde ohne ihn deutlich günstiger fahren. Trotz dieser Ergüsse wurde das neue Vertragswerk mehrheitlich angenommen.

Im März stand dann eine Tarifierung des VMT auf der Tagesordnung. Hier sollte relativ moderat an der Preisschraube gedreht werden. Machen wir uns nichts vor, die Kosten steigen und steigen. Die Verkehrsunternehmen leiden gewaltig unter den hohen Energie- und Dieselpreisen. Dass sich da der VMT Gedanken machen muss, wie man die Umsätze erhöht, ist ganz logisch. Dass die Entscheidungsträger:innen beim VMT dabei aber leider immer wieder auf die scheinbar einzige Lösung »Preiserhöhungen« kommen, ist mehr als ärgerlich. Denn mitnichten sind Preiserhöhungen das einzige Mittel, um die Einnahmen im ÖPNV zu steigern. Beispielsweise sah man

vor, die Einzelfahrt im Citytarif von 2,20 Euro auf 2,30 Euro zu erhöhen. Was bedeutet das in der Praxis? Um den Fahrpreis einer Einzelfahrt zusätzlich einzunehmen, benötigt man 22 Fahrgäste. Zum gleichen Ergebnis kommt man aber auch mit einem zusätzlichen Fahrgast. Mit der Gewinnung neuer Fahrgäste erzielt man also ebenfalls höhere Einnahmen. Man sollte also vielmehr das Augenmerk auf die Verbesserung der Angebote des ÖPNV, auf Service und Kundenzufriedenheit legen, um damit neue Fahrgäste zu gewinnen. Dies ist effektiver und nachhaltiger. Mit ständigen Erhöhungen vergrault man Fahrgäste und gibt den Kritikern und Populisten noch mehr Wasser auf deren Mühlen.

Apropos Populisten. Natürlich ließ es sich Münchberg nicht nehmen, auch zu dieser Vorlage zu sprechen und gegen den VMT zu wettern. Dem VMT beizutreten sei »die schlechteste Entscheidung« gewesen, die der Kreistag je getroffen habe. Leider scheint er dabei zu vergessen, dass sich der VMT einst gründete, um den hohen Zahlen an Pendler:innen zwischen Apolda, Weimar, Jena und Erfurt entgegenzukommen. Diese profitieren nämlich bis heute vom einfachen Ticketssystem im VMT. Anstelle im Tarif- und Ticketdschungel zu verirren, reicht ein Ticket für die

gesamte Strecke von zu Hause bis zur Arbeitsstelle, unbürokratisch und kostensparend. Mit Hilfe der Fahrplan-App des VMT, die sich die PVG allein nie hätte leisten können, kann man einfach seine Fahrten planen.

Der VMT ist vor allem für die Fahrgäste nützlich und leistet damit seinen Beitrag, dass mehr Leute ÖPNV fahren. Der richtige Weg heißt mehr VMT, nicht weniger, bis hin zu einem Verkehrsverbund für ganz Thüringen. Münchberg selbst kündigte an, dass seine Fraktion demnächst einen Antrag auf Austritt aus dem VMT stellen werde. Bleibt zu hoffen, dass die Fraktion damit genauso wenige Kreistagsmitglieder überzeugen kann, wie bei den bisherigen Ergüssen am Redner:innenpult. Ich wünsche mir für die Zukunft mehr Mut und mehr Kreativität bei den Entscheidungsträger:innen im VMT. Der Ausbau des ÖPNV ist ein entscheidender Schritt für die Verkehrswende. Bund und Land müssen hier mehr unterstützen, gerade in der aktuell schwierigen Situation. Man sollte die hohen Preise für Diesel und Energie auch als Chance begreifen, jetzt massiv in den ÖPNV zu investieren.

von Michael Schade

Das Ende der »Allianz für Apolda«

CDU, FDP und Freie Wähler waren über viele Jahre im Apoldaer Stadtrat sozusagen der Garant des Bürgermeisters fürs städtische Regieren. Die Freien Wähler, weil sie mussten, die CDU, weil sie was zu sagen haben wollte und die FDP, weil sie sonst keiner wahrnahm. Man nannte sich »Allianz für Apolda« und wollte mit dieser verbalen Machtbekundung noch einmal eins draufsetzen. Alle Beschlussanträge der Verwaltung/ des Bürgermeisters wurden so im Prinzip »durchgewunken«. Für die Linksfraktion und später die Fraktion ROT/ROT/GRÜN war dies manchmal frustrierend, zumal ihre Anträge oft mit genau der vorgenannten Mehrheit abgeschmettert wurden. Andererseits gab es hin und wieder Anzeichen, dass es in der »Allianz« doch nicht so rund lief. Dies war offensichtlich insbesondere auf den Führungsanspruch der CDU zurück zu führen, die oftmals den Freien Wählern klar zu machen versuchte, wo es lang zu gehen hatte. Dies sollte sich nun mit dem 24. November vergangenen Jahres gründlich ändern. In einer denkwürdigen Stadtratssitzung emanzipierten sich die Freien Wähler von der CDU und stimmten einem Antrag von ROT/ROT/GRÜN zu, der forderte, die Hauptsatzung so zu ändern, dass kein hauptamtlicher Beigeordneter mehr gewählt werden kann. Die Linksfraktion und nun ROT/ROT/GRÜN forderten viele Jahre, diesen Versorgungsposten abzuschaffen, der überdies dem

städtischen Haushalt pro Wahlperiode ca. eine halbe Million Euro kostete. Diese Summe wäre sicher im sozialen, sportlichen oder kulturellen Leben der Stadt nachhaltiger gewesen. Nach einer bizarren Vergatterungssorgie zu Beginn der Sitzung, bei der die CDU versuchte, die Freien Wähler »auf Linie zu bringen«, stimmten 17 Räte für und 10 gegen bei einer Enthaltung für den Antrag von RRG – und die »Allianz« zerbrach. Auch das zeigt wieder, dass es eigentlich häufig nicht um Sachpolitik, sondern eben um Posten ging. Im Vorfeld der Ratssitzung vom 6. April, bei der es um die Wahl eines 1. ehrenamtlichen Beigeordneten ging, zeigte sich eine deutlich geänderte Debattenkultur. Jeder sprach mit jedem und das auf Augenhöhe. Allerdings war das Ergebnis weniger erfreulich. Nachdem die Freien Wähler einen eigenen Kandidaten ins Rennen schickten, zog der CDU-Stadtrat Andreas Linke seine Kandidatur zurück. Er wollte keine Kampfkandidatur. Nachdem Franz Richter von den Freien Wählern nicht die nötigen Stimmen erhielt, ließen CDU und FDP gemeinsam mit den Stimmen der AfD die Wahl abbrechen und vertagten sie auf die nächste Ratssitzung. Das Ende der »Allianz für Apolda« scheint nun endgültig besiegelt. Nun müssen neue Mehrheiten gesucht werden, was nicht zuletzt ein Verdienst von RRG ist.

Beschäftigte des RKK Apolda sollen endlich nach TVöD bezahlt werden

von Michael Schade



Bildrechte: Kevin Reichenbach

Viele Jahre mussten die Mitarbeitenden des kreiseigenen Robert-Koch-Krankenhauses Apolda darauf warten, nach öffentlichem Tarif (TVöD) bezahlt zu werden. Während sich der 100%ige Gesellschafter Kreis Weimarer Land immer dafür auf die Schulter klopfte, seit 30 Jahren keinen Cent an Zuschüssen aus dem Kreishaushalt gezahlt zu haben, finanzierten die Mitarbeitenden des Hauses im nichtärztlichen Dienst sozusagen diesen Umstand mit einem »Gehaltsverzicht«. Der sogenannte Haustarif-Vertrag sah für das mittlere medizinische Personal (Pfleger, Krankenschwestern, Assistenten u.a.) vor, dass ca. 10% unter Tarif gezahlt wird, währenddessen es bei den Ärzten nur ca. 3,5 % unter Tarif sind – übrigens während der gesamten Corona-Pandemie – und bisher ohne einen Cent Corona-Prämie.

Der Marburger Bund kündigte auf Wunsch des Betriebsrates Ende 2021 nun diesen Haustarif und forderte von der Krankenhausleitung den Eintritt in reguläre Tarifverhandlungen mit Ver.di.

Genau dieser Haustarif-Vertrag wurde vor vielen Jahren auch von der Kreis-CDU gebilligt, von der CDU, die heute einen Abschluss eines Tarifs öffentlichkeitswirksam, aber eben auch populistisch und wenig glaubhaft, fordert.

Bis zur Kündigung des alten Vertrages durch den Marburger Bund, war den meisten Kreistagsmitgliedern die Situation der Krankenhausmitarbeitenden ziemlich egal. Einzig die Linkspartei nahm sich des Themas an, indem z.B. die Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion der LINKEN, Gudrun Kittel, im Rahmen der Haushaltsrede für das Jahr 2022 auf die Thematik einging. Nun machte der Kreistag in seiner Sitzung am 24. März den Weg für Tarifverhandlungen und einen Abschluss nach TVöD mit einem sogenannten Betrauungsakt frei.

Damit ist ein ordentlicher Abschluss aber noch lange nicht sicher. Die Kreistagsfraktion wird weiter den Fortgang der Verhandlungen im Auge behalten, damit eben nicht nur »warme Worte« aus den Mündern diverser konservativer Landtagsabgeordneter kommen, sondern die Beschäftigten mehr im Portemonnaie haben. Das macht dann schon mal 300 – 500 € brutto im Monat aus.

Aus der Weimarer Stadtratsfraktion

von Dirk Möller

Die Fraktion DIE LINKE im Weimarer Stadtrat begrüßt die neue Initiative zur Erneuerung unserer Zeitung Das Rote Ginkgo-Blatt und wünscht dem Redaktionsteam viel Erfolg. Mit diesem Text und weiteren Beiträgen wollen wir unsere Mitglieder, Unterstützer und Interessierte über die Arbeit unserer Fraktion im Stadtrat und seiner verschiedenen Ausschüsse informieren. Seit Beginn dieses Jahres gibt es zwei Themen, die uns am meisten beschäftigen haben.

Sozialwohnungen

Die Fraktion ist durch unsere Genossin Katja Seiler, Vorsitzende des Familien- und Sozialausschuss (FSA), an vorderster Front an der Diskussion der Wohnungsfrage beteiligt. In Weimar gibt es 275 Sozialwohnungen. Diese verlieren nach einer bestimmten Zeit ihre Zweckbindung. In einer Anfrage interessiert uns, wie viele von denen zwischen 2020 und 2025 ihre Zweckbin-

Bericht aus den Kommunen

dung als Sozialwohnung verloren haben bzw. werden. Da die Wohnungssituation nach wie vor angespannt ist, interessiert uns, wie sich aktuell die Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen im Vergleich zu den letzten beiden Jahren darstellt und ob die Stadtverwaltung bei der Zuweisung von Wohnberechtigungsscheinen nur auf den Wohnungsbestand der WWS Zugriff hat, da die Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen gemäß der Information des FSA nicht sehr hoch sei. Hinzu kommt noch die Information aus dem FSA, dass die neu gebauten Sozialwohnungen in der Sackpfeife nicht den flächenmäßigen Anforderungen (u.a. Richtlinie KdU) entsprechen. Deshalb soll die Stadtverwaltung bzw. die Weimarer Wohnstätte erklären, wie sie diesen Wohnraum für die Anspruchsberechtigten zugänglich macht. Die Anfrage zu den o.g. Punkten konnte wegen des Ausfalls der Stadtratssitzung am 30.03.2022 nicht beantwortet werden. Die Fraktion wird an dieser Stelle informieren.

Haushalt

Als Reaktion auf die steigenden Energiepreise und die Kosten der Hilfe für ukrainische Flüchtlinge haben die Fraktionen von CDU, SPD und Weimarer Bürgerbündnis eine Verlängerung der Haushaltsberatungen beantragt, die vom OB gewährt wurde. Wir sind der Meinung, dass eine Abstimmung möglich gewesen wäre, weil die Energiekosten im Haushaltsansatz bereits höher als im vergangenen Jahr angesetzt wurden, und zweitens, weil die Kosten der Flüchtlingshilfe und der Beitrag von Bund und Land noch in der Verhandlung sind. Alle weiteren Veränderungen – zusätzliche Einnahmen bzw. Ausgaben – hätten dann über einen Nachtragshaushalt reguliert werden können.

Inzwischen liegt eine überarbeitete Fassung des Haushaltes vor. Auf jeden Fall wird der neue Entwurf mit der gleichen Ernsthaftigkeit geprüft werden, die unsere Fraktion bei den wichtigen Themen der Stadt immer anwendet.

Die Abstimmung soll am 4. Mai 2022 stattfinden.

Wir suchen sachkundige Bürger*in für den Familien- und Sozialausschuss!

Möchtest du dich für ein gutes, solidarisches Zusammenleben in Weimar engagieren, besonders im Bereich Sozial- und Familienpolitik, Integration, bezahlbarer Wohnraum, Kultur für Alle u. a. mehr?

Lass uns gemeinsam an der Verwirklichung unserer Idee arbeiten. Wir freuen uns auf dich!

Bei Interesse wende dich bitte an
Tel: (03643) 20 26 46
oder: 017677174451
Email: stadtrat-weimar@die-linke-apolda-weimar.de



Bildrechte: Hans-Jürgen Fuchs

Wie jedes Jahr zum Internationalen Frauentag waren die Genoss:innen der Linken in Weimar und im Weimarer Land auch diesmal am 8. März fleißig unterwegs.

In Apolda fand eine von den Wahlkreisbüros von Lena Saniye Güngör, MdL und Ralph Lenkert, MdB organisierte Kundgebung auf dem Marktplatz statt. Unter dem Motto »We don't fight for flowers« gab es feministische Musik, zahlreiche Gespräche und Schokolade.

Zur gleichen Zeit wurden in der Weimarer Innenstadt über 100 Kakteen verschenkt. Dies ist inzwischen schon zu einer kleinen Tradition geworden und führt immer wieder zu einem Schmunzeln auf vielen Gesichtern. Die Botschaft dahinter lautet, dass der feministische Kampf um ein besseres Leben nicht einfach mit einem Blumengeschenk abgetan ist, sondern weiterhin widerständig und stachelig bleiben muss.

Des Weiteren trafen sich unter Berta von Suttner's Leitgedanken »Die Waffen nieder – nein zum Krieg!« im evangelischen Gemeindezentrum »Paul Schneider« in Weimar-West Frauen aus dem Wohngebiet und der Stadt zu einer eigenen Zusammenkunft. Das Thema war hier der Einmarsch Russlands in die Ukraine - mit all seinen schlimmen Folgen. Viele solidarische Gedanken gingen an die ukrainischen Frauen, die mit ihren Kindern vor dem Krieg geflüchtet sind oder noch flüchten. Es wurde auch der Frauen gedacht, die in anderen Ländern der Welt von Hunger und Krieg verfolgt werden und die Gedanken gingen ebenso an die Mütter, Ehefrauen, Schwestern und Töchter, die um ihre Söhne, Männer, Brüder oder Väter bangen, welche, egal auf welcher Seite, in den Kampf und damit in den eventuellen Tod geschickt werden. Die Gefühle von Müttern sind immer die gleichen, ob deutsch, ukrainisch, afrikanisch oder russisch. Nein zu jedem Krieg!

Der Internationale Frauentag am 8. März 2022 – Aktuell wie vor 111 Jahren

von Hans-Jürgen Fuchs



Bildrechte: Hans-Jürgen Fuchs

Ebenso wichtig ist, wie unsere Landesvorsitzende Ulrike Grosse-Röthig ausführte, der tägliche Kampf der Frauen um ihre Rolle in der Gesellschaft und um ihre Gleichberechtigung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und privaten Lebens. Sie schilderte sehr eindringlich ihren eigenen heutigen Tag als Frau, Mutter, Werktätige und ehrenamtliche Landesvorsitzende unserer Partei. mit allen privaten Pflichten und dienstlichen Verpflichtungen. Dazu musste nichts mehr zugefügt werden. Aber auch das Feiern und die Kultur kamen nicht zu kurz. Der Internationale Frauenchor »Lyra« präsentierte ein extra einstudiertes Programm mit Friedensliedern und Zitaten zum Thema in mehreren Sprachen. Dass Solidarität kein leeres Wort ist, beweist der Frauenchor, indem er ihr Auftrittshonorar sofort für die aus der Ukraine geflüchteten Frauen gespendet hat.

Bei guten Gesprächen, Kaffee und Kuchen (selbstgebacken von den Organisator:innen) verging die Zeit wieder mal viel zu schnell. Allen Teilnehmer:innen tat dieser Nachmittag gut, konnten doch alle neben einem Blumengruß auch wieder etwas Optimismus und Zuversicht mit nach Hause nehmen.



Bildrechte: Kevin Reichenbach

8.3.

Vom Working Girl zur Neuen Frau

von Lilli Hallmann



Bildrechte: Lilli Hallmann

»Nein, sie hat keine Zeit zu verlieren, keine Minute. Sie will weiter, sie muß arbeiten. Ihr Tag ist vollgepfropft mit Arbeiten aller Arten. Eine drängt hart an die andere. Kaum, daß hier und da eine winzige Lücke zum Atemholen bleibt. Arbeit. Ein hartes Wort. Gilgi liebt es um seiner Härte willen.«¹

Jene Härte beginnt für Gilgi, die Protagonistin des Romans *Gilgi, eine von uns*, täglich 06.30 Uhr mit Morgensport und einer anschließenden kalten Dusche. Auch beim Frühstück erlaubt sich die junge Frau nur ein »mager gestrichenes Brötchen.« Die meiste Zeit des Tages verbringt Gilgi in einer Strumpf- und Trikotagen-Firma, für die sie für 150 Mark im Monat als Stenotypistin arbeitet. Hier arbeitet sie auch über den Achtstundentag hinaus, um sich von dem zusätzlich verdienten Geld ein kleines Zimmer mieten zu können. Und auch das durch Überstunden finanzierte Appartement fungiert letztlich als Arbeitsraum, pakt Gilgi darin doch Englischvokabeln, von denen sie sich erhofft, dass sie ihr später einmal nützlich sein könnten. Es gibt keinen Bereich in Gilgis Leben, den sie nicht kontrolliert, in dem sie keine Arbeit verrichtet. Erst an späterer Stelle, als Gilgi eine erotische Beziehung mit einem Mann eingeht, gerät die hart erkämpfte Kontrolle über den eigenen Körper und die damit auferlegte Selbstdisziplin durcheinander: Gilgi gibt nicht nur ihren Job, sondern mehr und mehr all ihre bisherigen Maximen, ja schließlich sich selbst auf. Immer chaotischer und prekärer wird ihre Situation, bis sie schließlich als schwangere, arbeitslose Frau mit dem Zug die Stadt verlässt und einer ungewissen Zukunft entgegenfährt.

Irmgard Keun (1905–1982) entwirft in dem 1931 erschienenen Roman *Gilgi, eine von uns* mit der immer pünktlichen Stenotypistin Gilgi eine Figur, die vollkommen dem Bild entspricht, welches insbesondere die Literatur, aber auch das Kino der Weimarer Republik unter dem Schlagwort »Neue Sachlichkeit« von Frauen zeichnet.²

Mit der »neuen Frau« wird in der deutschen Zwischenkriegszeit ein Typ entworfen, der die Frau als eine erfolgreiche Person stilisiert, rauchend, (hochprozentigen) Alkohol trinkend, meist in der sogenannten Garçon-Mode oder als »Girl« gekleidet. In beiden Performanzen werden traditionell männlich konnotierte Elemente, wie der Kurzhaarschnitt, die Hose oder ein schmaler Körper nun auf den neuen Frauentyp übertragen.³ Was also ist hier überhaupt neu? Zwar erhöht sich in der Zwischenkriegszeit der Anteil der Frauen innerhalb der Angestelltenkultur, gleichzeitig wird aber die häufig von ihnen übernommene Büroarbeit sogleich abgewertet. Der Keunsche Roman macht genau jene Ambivalenz sichtbar: dass die in der Literatur sowie in der (audio-)visuellen Kultur transportierten Botschaften der »Neuen Sachlichkeit« häufig nicht mit der unsicheren Lebensrealität, den realen ökonomischen oder geschlechterpolitischen Verhältnissen übereinstimmen, die den Großteil der Frauen der Weimarer Republik betreffen. Die Schriftstellerin



Bildrechte: privat

¹ Irmgard Keun, *Gilgi, eine von uns*, (Berlin 1932), S. 14.

² Zur Neuen Sachlichkeit siehe z. B.: Helmut Lethen, *Neue Sachlichkeit 1924–1932. Studien zur Literatur des »Weißen Sozialismus«* (Berlin

³ Auch heute werden weibliche Körper, die nicht dem traditionellen Verständnis von Frauenkörper entsprechen, häufig mit Begriffen beschrieben, die der männlichen Perspektive entstammen. Die so genannte »Bubikopf-Frisur« oder die knabenhafte Gestalt sind nur einige wenige Beispiele dafür, dass eine weibliche Performanz immer an der normativen, männlichen gemessen wird.

Alice Rühle-Gerstel (1894–1943) spricht von 1,5 Millionen in prekären Zuständen lebenden Frauen in der Weimarer Republik.⁴ So täuscht die »Diskursexplosion um das Working Girl in den 1920er Jahren«⁵ darüber hinweg, dass es sich hier vielmehr um ein »Poor Working Girl« handelt.

Der Begriff »Working Girl« bildet sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Gegenbild zur der vorwiegend eine repräsentative Funktion im häuslichen Milieu einnehmenden Frau der Bourgeoisie heraus.⁶ Seitdem beschreibt er – je nach regionalem oder politischem Bezugsrahmen – unterschiedliche Vorstellungen von weiblichen Existenzweisen. Zum Erliegen kommt der Working-Girl-Diskurs in Deutschland im Zuge der NS-Geschlechter- und Gesundheitspolitik, die den als »erbgesund« wahrgenommenen Frauen die Rolle der Gebärmaschine zuweist. Ende der 1960-er Jahre eignen sich Sexarbeiter:innen im Rahmen ihrer Arbeitskämpfe den Begriff des »Working Girl« an.⁷



Bildrechte: privat

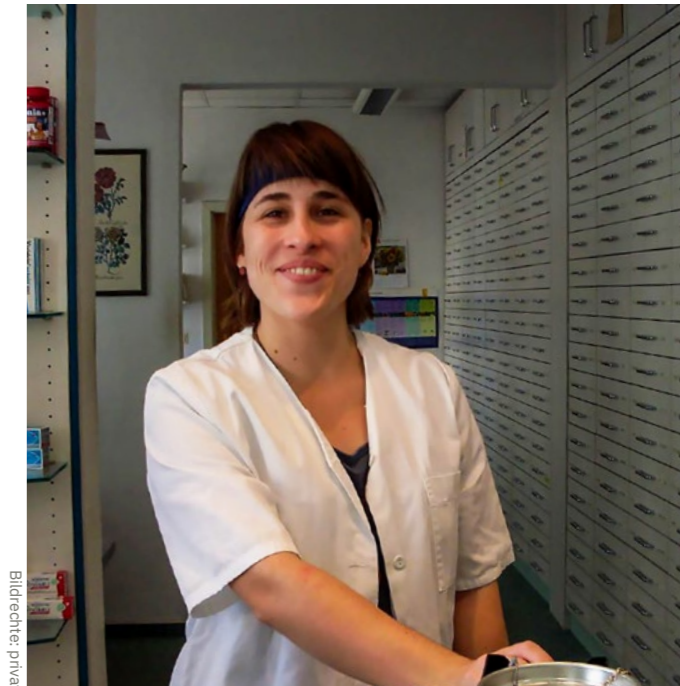


Bildrechte: privat

⁴ Alice Rühle-Gerstel, *Das Frauenproblem der Gegenwart. Eine psychologische Bilanz* (Leipzig 1932), S. 299.

⁵ Heide Volkening, *Working Girl – eine Einleitung*, in: Sabine Biebl / Verena Mund / Heide Volkening, Hg., *Working Girls. Zur Ökonomie von Liebe und Arbeit* (Berlin 2007), S. 7–22, hier: S. 18.

⁶ Vgl. Volkening, *Working Girl*, S. 9
⁷ Ebd., S. 20.



Bildrechte: privat

Um die Jahrtausendwende wechselt der Begriff in das akademische Milieu, wird aus dem »Arbeitsmädchen« eine »Karriere-Frau«. Laut der Literaturwissenschaftlerin Heide Volkening ist an der Herausbildung dieser Figur maßgeblich das Medium TV-Serie beteiligt. Es zeige jene »Career Women« als Anwältinnen, die ihre eigene PR-Agentur besäßen oder ihr Geld in Kunstgalerien und als Journalistinnen verdienen.⁸ »Sie tragen Designer-Kleidung, treffen sich zu Trendsportarten, trinken Cocktails in schicken Bars [...] oder feiern ihre sexuelle Freiheit.«⁹

Und heute? Nicht zuletzt durch Corona wird am Cocktail-trinkenden-Sex-and-the-City-Frau-Bild gerüttelt. Themen wie (der Kampf gegen) die Ökonomisierung von Gesundheit, die realen Arbeitsbedingungen in der Pflege, Geburtshilfe oder Reinigung rücken in den Fokus. Was wird bleiben von dieser Aufmerksamkeit für den Gesundheitssektor oder von der Diskussion über Hausarbeit und Arbeitsteilung? Spätestens jetzt, wo die Bars wieder öffnen dürfen – um das Bild der Cocktail trinkenden Karrierefrau noch einmal heranzuziehen – wird sich zeigen, ob sich unter neuen Verhältnissen zusammengefunden, ob neu verhandelt wird, wer hier Besitzer:in ist, wer Beschaffer:in der Getränke, wer alles reinigt, bevor der erste Gast kommt, wer Verkäufer:in hinter dem Tresen, wer Konsument:in an der Bar ist, wer am nächsten Morgen ausschlafen darf und ob überhaupt jeder, der möchte, auch wirklich kommen kann.

⁸ Ebd., S. 22.
⁹ Ebd.

Mitte März sorgte Berlins regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey für Kritik - mit ihrem vermeintlich harmlosen Lob des Arbeitswillens ukrainischer Geflüchteter. Geflüchtete aus der Ukraine fragten nicht »als erstes« nach Sozialleistungen, so die SPD-Politikerin. Von Frau Giffey nicht gesagt, aber wohl gemeint: andere Geflüchtete schon.

Die Kritik an dieser implizierten Behauptung ist mehr als berechtigt: andere Geflüchtete dürfen unmittelbar nach der Einreise überhaupt noch nicht arbeiten, sie verfügen nicht über eine Beschäftigungserlaubnis. Es ist von ihrem Aufenthaltsstatus (und ihrer Herkunft) abhängig, ab wann (oder ob überhaupt) der Arbeitsmarkt für sie zugänglich ist oder sie gar einen Rechtsanspruch auf eine Arbeitserlaubnis haben. Und so lange sie nicht arbeiten dürfen (oder andere Beschränkungen ihnen den Zugang zu Arbeit erschweren) sind sie auf Transferleistungen angewiesen, ob sie das nun selbst wollen oder nicht.



Bildrechte: Sabine Berninger

von Sabine Berninger

Geflüchtete und der Zugang zur Arbeit

Hohe, manchmal unüberwindliche Hürden

Während der ersten Monate des Aufenthaltes besteht für Geflüchtete kein Rechtsanspruch auf eine Arbeitserlaubnis. Menschen mit einer Aufenthaltsgestattung (also Geflüchtete im Asylverfahren), sofern sie nicht aus einem als »sicher« deklarierten Herkunftsland kommen, können nach drei Monaten Aufenthalt eine Arbeitserlaubnis erhalten - dieses »können« ist in § 61 Asylgesetz geregelt und beschreibt das Ermessen der Ausländerbehörden (die dies unterschiedlich entscheiden). Diesem Ermessen sind die betroffenen Menschen monatelang ausgeliefert.

Geflüchtete aus sogenannten »sicheren Herkunftsländern« (Albanien, Bosnien, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal, Serbien), die nach dem 31.8.2015 Asyl in Deutschland beantragt haben oder deren Asylverfahren negativ ausging, erhalten keine Beschäftigungserlaubnis. Für sie gibt es nicht einmal ein Ermessen, egal, wie lange sie sich bereits in der Bundesrepublik aufhalten.

Wenn also mal wieder jemand von mangelndem Integrationswillen, »Sozialschmarotzertum« oder - wie Frau Giffey, »wohlmeinend« - vom Arbeitswillen der einen Gruppe gegenüber der »liegen dem Staat auf der Tasche-Mentalität« der anderen Geflüchteten spricht, dann reproduziert und verfestigt diese Person rassistische Vorurteile. Bewusst und offenbar aus rassistischen Motiven, wenn sie es eigentlich (zum Beispiel als erfahrene Politikerin, die die restriktiven Bundesgesetze in den letzten Jahren maßgeblich mitgestaltet hat) besser weiß.

Erst mit Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis oder nach neun Monate dauerndem Asylverfahren besteht der Rechtsanspruch auf eine Beschäftigungserlaubnis. Und auch dann ist der Arbeitsmarkt nicht frei zugänglich: zunächst gilt es, die Bedingungen der angestrebten Beschäftigung zu prüfen - ein Verfahren, das potentielle Arbeitgeber:innen häufig abschreckt - diese Prüfung durch die Bundesagentur für Arbeit entfällt erst nach 4-jähriger Aufenthaltsdauer.

Sind die rechtlichen Hürden für eine Arbeitserlaubnis gemeistert, steht vielen Geflüchteten die Sprachbarriere im Wege - denn auch der Anspruch auf öffentlich geförderte, kostenfreie Sprach- und Integrationskurse besteht nicht uneingeschränkt, für manche über Monate oder Jahre überhaupt nicht.

Und nicht zuletzt die Nichtanerkennung im Herkunftsland erworbener Qualifikationen verwehrt vielen Menschen den Zugang zu existenzsichernder Arbeit bzw. zu einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz.

Flüchtlingsräte und andere Organisationen versuchen, den Betroffenen bei der Durchsetzung ihrer Rechte Unterstützung zu geben, etwa, wenn Ausländerbehörden ihr Ermessen zu restriktiv handhaben. Der Flüchtlingsrat Thüringen zum Beispiel hat auf seiner Website verschiedene Beratungs- und Arbeitshilfen zum Thema veröffentlicht.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Schicksal Treuhand

Ausstellung
5.-29. Mai
2022
Apolda

Schalterhalle des Bahnhofs
Bahnhofstraße 69, 99510 Apolda

Öffnungszeiten: Donnerstag-Samstag 14:00-18:00 Uhr,
Sonntag 11:00-16:00 Uhr

Treuhand Schicksale

Ohne Anmeldung.
Eintritt frei.
Kontakt für Schulklassen
unter kontakt@ls-guengoer.de

Eine Ausstellung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
in Kooperation mit der
Kreativen Landstadt Apolda.

Ausstellungseröffnung: 3. Mai 2022, 17:00 Uhr
Schalterhalle des Bahnhofs, Bahnhofstraße 69, 99510 Apolda
Mit **Dr. Dagmar Enkelmann** (Vorstandsvorsitzende
der Rosa-Luxemburg-Stiftung) und **Prof. Dorothea Vent**
(Kreative Landstadt Apolda)





DAS ROTE MAI 2022

ginkgoblatt